

107 | 2011
Florian Hartleb

Nach ihrer Etablierung –
Rechtspopulistische
Parteien in Europa

BEGRIFF – STRATEGIE – WIRKUNG

ZUKUNFTSFORUM
POL



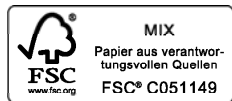
ISBN 978-3-942775-24-3

www.kas.de

 Konrad
Adenauer
Stiftung

REDAKTION

Nadine Birner
Tobias Montag



Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.

© 2011, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Druck: Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-942775-24-3

INHALT

5	VORWORT	
7	ZUSAMMENFASSUNG	
9	EINFÜHRUNG: AKTUALITÄT UND RELEVANZ DER THEMATIK	
18	DEFINITION	
	<i>Zur Problematik eines politischen Kampfbegriffs.....</i>	<i>18</i>
	<i>Abgrenzung zum Konservatismus.....</i>	<i>21</i>
	<i>Verhältnis zum Rechtsextremismus.....</i>	<i>23</i>
26	WÄHLERKLIENTEL	
29	MOBILISIERUNGSTHEMEN	
	<i>Einwanderungskritik und Islamfeindlichkeit.....</i>	<i>29</i>
	<i>Globalisierungskritischer Diskurs.....</i>	<i>30</i>
	<i>Euroskeptizismus.....</i>	<i>32</i>
	<i>Sozialpopulismus.....</i>	<i>34</i>
37	FAKTOR PERSÖNLICHKEIT?	
41	FALLBEISPIEL ÖSTERREICH: HAIDER ALS PROTOTYP MIT ZWILLING	
50	WIRKUNGEN: ERSCHÜTTERUNG DER DEMOKRATIE?	
53	DEUTSCHLAND	
	<i>Angebotsschwäche trotz Vielfalt und ihre Ursachen.....</i>	<i>53</i>
	<i>Neue Gelegenheitsstrukturen.....</i>	<i>56</i>
61	POPULISMUS SUI GENERIS: OSTMITTELEUROPA	
65	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN	
	<i>Strategien der Volksparteien.....</i>	<i>65</i>
	<i>Politische Bildung.....</i>	<i>67</i>
70	DER AUTOR	
70	ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG	

VORWORT

Rechtspopulistische Parteien erzielten in den letzten Jahren in zahlreichen europäischen Ländern zum Teil beachtliche Erfolge. Einige von ihnen übernahmen sogar Regierungsmitverantwortung oder tolerieren Minderheitsregierungen. Ihnen allen ist gemeinsam, dass sie als Anwalt des „kleinen Mannes“ auftreten und sich gegen die etablierten Parteien und Institutionen wenden. Sie machen mit polarisierenden Themen und Positionen auf sich aufmerksam, stilisieren sich als Tabubrecher und bedienen virtuos Feindbilder. Im Mittelpunkt rechtspopulistischer Parteien steht meist ein charismatischer Anführer, der über die Massenmedien Wirksamkeit entfaltet. Mit diesen Eigenschaften gelingt es ihnen anscheinend immer öfters, Wahlerfolge zu erringen.

Die Studie zeigt, dass die Frage nach den Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien in Europa differenziert beantwortet werden muss. Während Rechtspopulisten in einigen Ländern Wahlsiege feiern, haben sie in anderen Ländern kaum Aussichten, in die nationalen Parlamente einzuziehen.

Zu einer differenzierten Betrachtung gehört auch, sich Klarheit über den Begriff des Rechtspopulismus zu verschaffen. Sehr oft werden ihm Merkmale und Ziele unterstellt, die den Rechtspopulismus eben gerade nicht ausmachen. Ein besonderes Augenmerk liegt daher auf der Definition des Rechtspopulismus. Der Autor zeigt auf, dass der Rechtspopulismus nicht mit dem Rechtsextremismus gleichgesetzt werden kann und sich auch deutlich vom Konservatismus unterscheidet. Darüber hinaus wird in einem eigenen Abschnitt analysiert, ob rechtspopulistische Parteien die Demokratie gefährden.

Die Studie untersucht die Wähler rechtspopulistischer Parteien und geht der Frage nach, mit welchen Themen sie mobilisiert werden. Auch die herausragende Rolle ihrer Führungspersonlichkeiten wird erörtert. Dabei wird erläutert, warum rechtspopulistische Parteien im Allgemeinen dem Aufstieg und Fall ihrer Anführer folgen. Ein Schwerpunkt liegt unter anderem auf der FPÖ unter Jörg Haider. Er gilt als Prototyp eines Rechtspopulisten und veranschaulicht exemplarisch ihr Agitieren. Neben den Rechtspopulisten in Westeuropa betrachtet der Autor auch den Populismus in Osteuropa, der durch eine Reihe von Eigenheiten gekennzeichnet ist. Darüber hinaus steht Deutschland im Fokus. Analysiert wird, warum es den rechtspopulistischen Formationen bisher nicht gelang, eine schlagkräftige bundesweite Bewegung zu bilden, und von welchen Gelegenheitsstrukturen der Rechtspopulismus gegenwärtig profitiert.

Die Studie schließt mit Überlegungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien. Der Autor entwickelt Strategien für die Volksparteien und unterbreitet Anregungen für die politische Bildung.

Dem Autor, Dr. Florian Hartleb, gebührt für diese Ausarbeitung ein herzlicher Dank. Er macht fundiert deutlich, dass das Phänomen des Rechtspopulismus weder unter- noch überschätzt werden darf.

Berlin, im Mai 2011

Dr. Ralf Thomas Baus
Leiter Team Innenpolitik
Hauptabteilung Politik und Beratung

ZUSAMMENFASSUNG

Rechtspopulistische Parteien haben sich zu einer festen Größe in Europa entwickelt. Immer wieder können sie – auch bedingt durch die Krise der Großparteien – Wahlerfolge auf nationaler Ebene erzielen, wie zum Beispiel in Frankreich, Österreich, Italien, den Niederlanden, Belgien, der Schweiz und Skandinavien. Nach dem Systemwechsel entfaltet der Populismus auch in Osteuropa seine Wirkung. Gleichwohl gelangen rechtspopulistische Parteien nur selten an die Regierung und wenn sie es dennoch geschafft haben, fungieren sie überwiegend lediglich als Juniorpartner oder wie jetzt in den Niederlanden als Unterstützer einer Minderheitsregierung.

Grundsätzlich bejahen sie das demokratische System, weshalb sie sich von den rechtsextremistischen Parteien abgrenzen lassen. Populistische Parteientypen bedienen Anti-Parteien-Affekte, gerieren sich im scharfen Kontrast zu den konservativen Parteien als antielitär, neigen zu vorgeschobenen, inszenierten und dadurch medienwirksamen Tabubrüchen, verfügen über eine zentrale Leitfigur, zielen mit einer identitätsstiftenden Wir-Gruppe auf klare Feindbilder, preisen die direkte Verbindung zwischen „Volk“ und Regierenden und stellen ein zentrales Thema in den Mittelpunkt ihrer Agitation.

Zuspruch finden rechtspopulistischen Parteien nicht nur bei Modernisierungs- oder Globalisierungsverlierern, sondern auch bei Wählern der Mittelschicht, die Angst vor dem

sozialen Abstieg haben und deshalb offen für populistische Sündenbock-Agitation gegen Immigranten sind. Vor allem das Antiislam-Thema hat sich zur neuen „winning formula“ rechtspopulistischer Parteien entwickelt, so in den Niederlanden, Österreich und in Skandinavien. Weitere Themen sind Euroskeptizismus, Globalisierungskritik im weiteren wie im engeren Sinne sowie eine Politik der sozialen Versprechungen.

Der Populismus bietet nicht zuletzt auch Orientierung, weil er als Bewegung auftritt, die die Lösung von Problemen „personalisiert“. Seine Strukturen sind dadurch gekennzeichnet, dass es sich eher um lose organisierte Bewegungen mit Massenbasis als um politische Parteien im tradierten Sinne handelt. Der erfolgreiche Niederländer Geert Wilders ist gar das einzige Mitglied seiner Partei, was eine völlige Loslösung vom gewohnten Konzept der Mitgliederpartei darstellt. Deutschland hingegen ist in einer Sonderrolle, weil hier der Rechtspopulismus trotz zahlreicher Anknüpfungspunkte – erinnert sei an die Integrationsdebatte des Jahres 2010 – bislang kaum Erfolge erzielen konnte. Das liegt auch an den „Schatten der Vergangenheit“ und der fehlenden Angebotsseite. In Ostmitteleuropa hingegen ist der dort verbreitete „Nationalpopulismus“ leicht auszumachen.

Wie können die Volksparteien auf die populistische Konkurrenz reagieren? Ob die populäre Forderung nach Profilschärfung wirklich verfängt, bleibt zumindest fraglich. Hinsichtlich der organisatorischen Stärkung der Parteien bestehen verschiedene Vorschläge, um Mitgliedschaften attraktiver sowie die Abläufe in den Parteien transparenter und offener zu gestalten. Gerade hier gehen populistische Parteientypen neue Wege, wie die Ein-Mitglied-Partei PVV um Geert Wilders deutlich belegt.

Auch für die politische Bildung entstehen Aufgaben: Ein Hauptmerkmal des Populismus besteht in seiner Abwehrhaltung gegenüber dem politischen System und in seiner Identifikation von Sündenböcken. „Wir“ gegen „die-da-oben“ – die populistische Diktion steht in Frontrichtung gegen die Repräsentativkörperschaften und damit gegen die klassischen Institutionen. Dem kann nur entgegengewirkt werden, wenn bereits früh mit der Heranführung an die Prozesse und Grundwerte der Demokratie begonnen und diese Aufgabe im Sinne eines lebenslangen Lernens dort weitergeführt wird, wo es möglich ist.

EINFÜHRUNG: AKTUALITÄT UND RELEVANZ DER THEMATIK

Die extremistische Gefahr scheint, von einigen Ausnahmen abgesehen, im Europa des 21. Jahrhunderts gebannt. Zu tiefe Spuren hat das 20. Jahrhundert als „Zeitalter der Extreme“ hinterlassen.¹ Selbst als offen rechtsextremistisch titulierte Parteien bemühen sich um Mäßigung und agieren nicht mehr frontal gegen die politischen Ordnungen. Das ist auch das Ergebnis eines aktuellen Sammelbandes über Extremismus in der EU, der sich mit dem vorhandenen zeitgenössischen Extremismus auseinandersetzt.² Stattdessen gibt es eine neue Zauberformel. Neue Parteien, die in Europa durch Erfolge von sich reden machen – manche sind sogar in der Regierung vertreten –, werden mit dem Etikett „populistisch“ versehen. Seit den frühen 1980er Jahren können neuartige, in erster Linie rechtspopulistische Parteien mit einer Antiestablishment-Haltung, Protestthemen und einer charismatischen Führungspersönlichkeit immer wieder Wahlerfolge auf nationaler Ebene erzielen, so zum Beispiel in Frankreich, Österreich, Italien, den Niederlanden, Belgien, der Schweiz und Skandinavien. Nach dem Systemwechsel entfaltet der Populismus auch in Osteuropa seine Wirkung.³ Populismus ist also zu einem Dauerthema in der europäischen Politik geworden.⁴

Gibt es das einigende Band von Populismus oder Populisten? Im Sinne von Margaret Canovan haben alle populistischen Phänomene der Vergangenheit und Gegenwart – an-

gefangen von den russischen *Narodniki* und US-amerikanischen Farmerbewegungen am Ende des 19. Jahrhunderts bis hin zur zeitgenössischen westeuropäischen Parteiendemokratie – eines gemeinsam: die Berufung auf ein als homogen verstandenes „Volk“ mit besonderem Blick auf den „kleinen Mann“ sowie eine antielitäre Haltung.⁵ Da die großen Parteien mit Problemen wie sinkender Milieubindung, abnehmendem Wählerzuspruch und allgemeinen Sinnkrisen konfrontiert sind, überrascht es nicht, dass neue Wettbewerber auf den Plan treten. Nach dem Eingang von grün-alternativen Bewegungen auf der Grundlage postmaterielle Werteverstärkungen in breiten Teilen der Gesellschaft lässt sich eine vergleichbar breite gesellschaftliche Erosion nicht feststellen. Gleichwohl steigt die individuell verspürte Unsicherheit im Zuge von zunehmender ökonomischer Globalisierung und kulturellem Gleichklang in allen sozialen Milieus, nur mehr oder weniger stark ausgeprägt. Diese Entwicklung wirft unweigerlich die Frage auf, welche sinnstiftenden Abgrenzungsrituale die zunehmend interdependenten europäischen Gesellschaften überhaupt vornehmen können und sollen. Den europaweiten Erfolg der neuen rechtspopulistischen Parteien belegen die Wahlergebnisse in den einzelnen Ländern. Sie zeigen, wie Frank Decker bekräftigt, nur zu deutlich, „dass der neue Rechtspopulismus mittlerweile über eine solide Erfolgsgrundlage verfügt, mit deren Verschwinden in absehbarer Zukunft nicht zu rechnen ist.“⁶

In Frankreich begann 1984 der Aufstieg der *Front National* unter Jean-Marie Le Pen mit einem Stimmenanteil um die 15 Prozent. Jean-Marie Le Pen erlebte am 21. April 2001 eine Sternstunde und sorgte für ein politisches Erdbeben im In- und Ausland. Er erreichte mit einem Stimmenanteil von 17 Prozent im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen, die im semipräsidentiellen System Frankreichs eine herausragende Bedeutung haben, den zweiten Platz. Damit konnte er Lionel Jospin, den Kandidaten der Linken, der fünf Jahre lang das Amt des Premierministers bekleidet hatte, aus dem Rennen werfen und zum ersten Mal in einer allerdings aussichtslosen Stichwahl gegen den konservativen Jacques Chirac antreten. In den letzten Jahren büßte die Partei aber an Stärke und Stimmen ein, auch aufgrund des strikten Immigrationskurses von Präsident Nicolas Sarkozy und der fehlenden Zukunftsvision des in die Jahre gekommenen, 1928 geborenen Patriarchen. Die Partei bleibt aber in Familienhänden: Am 16. Januar 2011 wurde seine Tochter in einer Kampfabstimmung zu seiner Nachfolgerin gewählt. Sie kündigte an, bei der Präsidentschaftswahl 2012 zu kandidieren.

Marine Le Pen, der eine elektorale Revitalisierung zugetraut wird, bemüht sich, ihre Partei zu „entdämonisieren“ und zu einer Volkspartei zu machen. Dabei setzt sie nicht nur auf Antiimmigration, sondern auch auf Wirtschafts- und Sozialthemen, die in der seit 2008 grassierenden Finanzkrise gut ankommen. So kämpft sie gegen die Globalisierung und wirbt für einen Austritt Frankreichs aus dem Euro-Raum.

In Belgien haben sich seit Mitte der 1980er Jahre zwei neu entstandene rechtspopulistische Parteien behaupten können, und zwar der ursprüngliche *Vlaams Blok* und der kleine, inzwischen marginalisierte *Front National*,⁷ der nach französischem Vorbild konzipiert ist. Der xenophobe *Vlaams Blok*, der Ende der 1970er Jahre ins Leben gerufen wurde, strebt nach der Unabhängigkeit Flanderns. Er träumt von einem Flandern, das nicht nur unabhängig, sondern ethnisch homogen sein soll. Diese Homogenität soll durch Abschiebung von Nicht-EU-Ausländern in ihre Heimatländer sowie einen Assimilierungszwang für EU-Ausländer erreicht werden. Trotz der Ausgrenzung durch die anderen Parteien – ähnlich wie beim französischen *Front National* – kann die Partei stabile Erfolge verbuchen. Von juristischer Seite wurde eine eindeutige Feststellung bezüglich der Fremdenfeindlichkeit des *Vlaams Blok* getroffen. Das letztinstanzliche Urteil des Hohen Gerichtshofes in Belgien bescheinigte dem damaligen *Vlaams Blok* im November 2004, dass er sich schwerer Verstöße gegen die Gesetze zur Bekämpfung des Rassismus indirekt schuldig gemacht habe. Dabei musste sich die Partei Gesetzesverstöße von drei ihr nahestehenden Vereinigungen zurechnen lassen. Das Urteil bedeutete auch die Einstellung staatlich-finanzieller Zuweisungen. Ohne ihre politische Kontinuität einzubüßen, reagierte die Partei mit einer Abmilderung des Programms und der Umbenennung in *Vlaams Belang*. Inzwischen bemüht sich die Partei um Salonfähigkeit.

In der Schweiz konnte die 1985 gegründete Autopartei bei landesweiten Wahlen Stimmenanteile um die fünf Prozent verbuchen. Seit Beginn der 1990er Jahre sorgt darüber hinaus Christoph Blocher – offiziell nur Züricher Kantonsvorsitzender, inhaltlich aber Vordenker und Einpeitscher der Schweizerischen Volkspartei (SVP) – für einen Höhenflug des eidgenössischen Rechtspopulismus. Der Chemieunternehmer und Financier der Partei hat die einst liberal-konservative SVP, die ursprünglich nur regional verankert war, systematisch zu einer rechtspopulistischen Formation „getrimmt“. Bei den Nationalratswahlen im Oktober 1999 wurde sie mit 22,5 Prozent knapp stimmenstärkste – wenn auch nicht mandats-

stärkste – Partei. Vier Jahre später konnte sie einen weiteren Sieg erlangen und ist nun mit 26,8 Prozent nach Wähleranteilen und Sitzen klar die stärkste Partei. Mit dem Wahlergebnis im Rücken sorgte Blocher für eine Revolution und brachte die von 1959 an geltende „Zauberformel“, die den Parteienproporz der Regierung festschrieb und den vier großen Parteien die stets gleiche Zahl an Sitzen in der Schweizer Regierung garantiert hatte, zum Einsturz. Blocher setzte seinen massiv erhobenen Anspruch auf ein zweites Regierungsamt seiner Partei durch und ließ sich am 10. Dezember 2003 in die Landesregierung wählen. Die Allparteienkoalition in der Schweizer Konkordanzdemokratie sorgt jedenfalls für eine Einstimmigkeit aller Regierungsbeschlüsse, was bedeutet, dass die Partei damit beinahe automatisch den Regierungskurs mittragen muss. Am 12. Dezember 2007 wurde Blocher allerdings im Schweizer Bundeshaus düpiert, nachdem die SVP erneut bei den Wahlen zulegte. In einem Überraschungscoup setzte eine Mitte-Links-Allianz mit der SVP-Regierungsrätin Eveline Widmer-Schlumpf eine eigene Kandidatin gegen den von der Regierungskoalition vorgesehenen Christoph Blocher durch. Nachdem sie ihre Entscheidung zunächst offen ließ, nahm sie die Wahl zum Bundesrat schließlich an. Mittlerweile wurde ihr Landesverband aus der Bundespartei der SVP ausgeschlossen. Widmer-Schlumpf wurde 2008 zur Schweizerin des Jahres gewählt.

In Dänemark und Norwegen haben sogenannte, explizit immigrationsfeindliche „Fortschrittsparteien“ eine feste Position im Parteiensystem einnehmen können: Die Norwegische Fortschrittspartei unterstützte, nachdem sie bei den Parlamentswahlen fast 15 Prozent der Stimmen für sich verbuchen konnte, von 2001 bis 2005 die konservative Minderheitsregierung. Bei den Parlamentswahlen von 2009 konnte die Partei unter ihrer neuen Vorsitzenden Siv Jensen 22,9 Prozent der Stimmen gewinnen. Die Dänische Volkspartei (DVP) um die Parteivorsitzende Pia Kjörgaard spielte seit der Parlamentswahl 2001 (12 Prozent) ebenfalls eine große Rolle, da sie fortan seit nahezu zehn Jahren die Minderheitsregierungen toleriert. Bei der Wahl im November 2007 erreichte die Partei mit einem Stimmenanteil von 13,9 Prozent ihr bis dahin bestes Ergebnis. In Schweden kam eine ähnliche Gruppierung, die „Neue Demokratie“, erst 1991 und nur kurzzeitig zum Erfolg. Aber auch dort schaffte bei der Parlamentswahl 2010 die rechtspopulistische Formation der „Schwedendemokraten“ den Einzug in das Parlament (5,7 Prozent), wodurch auch in Schweden eine Minderheitsregierung gebildet werden musste. Einst war die 1988 gegründete Partei rechtsextremistisch aus-

gerichtet, wandelte sich aber unter dem 1979 geborenen Per Jimmi Åkesson zu einer rechtspopulistischen Formation, die sich auf Themen wie Zuwanderung und Antislam konzentriert. Auch in Finnland konnte die Partei „Wahre Finnen“ bei der Parlamentswahl am 17. April 2011 einen fulminanten Erfolg erzielen. Die euroskeptische Partei, die gegen die Rettungspakete der EU – aktuell aufgrund der Schuldenkrise in Portugal – mobilisierte, konnte fast 20 Prozent der Stimmen erzielen. Damit zeigt sich, dass der Rechtspopulismus nun auch in den nordeuropäischen Ländern Schweden und Finnland Fuß gefasst hat, wo er bislang keine relevanten Erfolge verbuchen konnte.

In Italien schaffte die von ihrem Aushängeschild Umberto Bossi angeführte regionalistische *Lega Nord*⁸ mit dem populistischen Medienunternehmer Silvio Berlusconi und dessen *Forza Italia*⁹ sowie den ehemaligen Neofaschisten der *Alleanza Nazionale* um Gianfranco Fini 1994 den Sprung in die Regierung. Nur wenige Monate später war das Bündnis bereits beendet, nachdem sich der Koalitionspartner *Lega Nord* wegen der Korruptionsvorwürfe gegen Berlusconi von ihm losgesagt hatte. Seit den Wahlen vom 13. Mai 2001¹⁰ heißt der italienische Ministerpräsident erneut Silvio Berlusconi: Die Neuauflage des alten Bündnisses kam zustande. Nachdem sich im Herbst 2007 die zwei größten Parteien des Mitte-Links-Lagers zum *Partito Democratico* zusammengeschlossen hatten, schlug Berlusconi vor, die Parteien in einer einzigen politischen Kraft der rechten Mitte aufgehen zu lassen. Allerdings sprachen sich die großen Bündnispartner von *Lega Nord* und *Alleanza Nazionale* gegen die eigene Auflösung aus. Das Projekt wurde deshalb auf Eis gelegt. Nach dem Fall der Regierung um Romano Prodi und mit Blick auf die vorgezogenen Parlamentswahlen wurde das Vorhaben einer gemeinsamen Partei kurzerhand wiederbelebt. Berlusconi und Fini gaben am 8. Februar 2008 bekannt, dass *Forza Italia* und *Alleanza Nazionale* mit der gemeinsamen Liste *Popolo della Libertà* antreten und die *Lega Nord* mit einer eigenen Liste eine Koalition mit ihnen eingehen werde. Der *Popolo della Libertà* wurde auf einem Kongress vom 27. bis 29. März 2009 in Rom gegründet, womit gleichzeitig „der politische Club“ *Forza Italia* offiziell aufgelöst wurde.

In Österreich schaffte es die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) unter Jörg Haider ab 1986 schrittweise, zu den „großen“ Volksparteien, der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) und der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), aufzuschließen. Ihre historischen, deutschnationalen

Traditionen warf die Partei über Bord und ersetzte diese durch einen ausgeprägten Populismus. Eine Regierungsbeteiligung von Februar 2000 an – nach einem Nationalratsergebnis von 26,9 Prozent – war die Folge des Aufwärtstrends; die FPÖ war am Zenit ihres Erfolgs angelangt.¹¹ Die Regierungspolitik gestaltete sich jedoch schnell als schwierig, denn sie wurde von den auf Oppositionskurs beharrenden Hardlinern um Jörg Haider permanent desavouiert und schließlich torpediert. Der elektorale Absturz auch in der Opposition führte zu einer Abspaltung Haiders, der das Bündnis Zukunft Österreich gründete. Womit keiner gerechnet hatte, trat ein: Die FPÖ konnte sich mit dem Haider ähnelnden Heinz-Christian Strache konsolidieren und mit Parolen wie „Daham statt Islam“ zu alter Stärke zurückfinden. Bei der Nationalratswahl konnten beide Formationen reüssieren (FPÖ: 17,5 Prozent; BZÖ 10,7 Prozent). Haider kam kurz danach ums Leben. Seither ist ein Wiedervereinigungsprozess eingeleitet, da sich die FPÖ als klar stärker erweist. So erhielt sie bei der Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl 2010 26,2 Prozent der abgegebenen Stimmen und wurde somit zur zweitstärksten Partei.

In den Niederlanden wurde die *Liste Pim Fortuyn* (LPF) auch ohne ihren am 6. Mai 2002, wenige Tage vor der Parlamentswahl ermordeten Spitzenkandidaten und Namensgeber mit 17 Prozent zweitstärkste Kraft¹² und partizipierte anschließend am neuen Mehrheitslager. Es lässt sich bei Pim Fortuyn bis zu seinem Tod nur schwer nachvollziehen, welche politischen Ansichten er in vielen Dingen wirklich vertreten hat.¹³ Pim Fortuyn sah im Islam das Feindbild schlechthin und kann als Prototyp des heutigen antiislamisch ausgerichteten Populismus angesehen werden. Seiner Meinung nach würden durch einen wachsenden Einfluss des Islams auf längere Sicht gewichtige Werte der niederländischen Kultur, wie die Gleichheit von Menschen oder die Freiheit für Homosexuelle, untergraben. Deshalb wollte Fortuyn die Einwanderung durch Asyl und Heirat beschränken und die bereits eingewanderten Moslems notfalls mit Zwang integrieren. Dieser Gruppe sollte im Alter von achtzehn Jahren die Pflicht auferlegt werden, mit einheimischen Altersgenossen zusammenzuleben.¹⁴ Nach den Angriffen auf das World Trade Center am 11. September 2001 plädierte er gar dafür, die nationalen Grenzen für muslimische Immigranten zu schließen.

Mit seiner antiislamischen Ausrichtung wollte Fortuyn das generelle Scheitern der multikulturellen Gesellschaft aufzeigen. Er bediente sich einer oftmals trivialen Argumentation: „In dem Rotterdamer Stadtviertel

Feyenoord, wo ich wohne, sieht man Frauen wie Gespenster durch die Straßen huschen. Kontakt zu anderen meiden sie, besonders wenn es um Männer geht. Selbst Augenkontakt ist nicht möglich. Das schafft eine unangenehme Atmosphäre in der Stadt.“¹⁵ Ihm zufolge hätten sich die Niederlande eine Unterschicht ins Land geholt, die sich nicht integriere, weil man sie in Ruhe lasse, anstatt ihnen die Werte des Gastlandes zu vermitteln. Fortuyn hat mit seinem Antiislam-Kurs deutliche Spuren hinterlassen.

Erfolgreich ist nun Jahre später die antiislamische Partei für die Freiheit (*Partij voor de Vrijheid*, PVV), die 2006 unter anderen von einem aus der Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD) ausgetretenen Mitglied des Parlaments, Geert Wilders, gegründet worden war. Im selben Jahr gewann sie bei den Parlamentswahlen 5,9 Prozent der Stimmen, 2010 sogar 15,5 Prozent, ein Ergebnis, das viel besser war, als es die Meinungsforscher vorhergesagt hatten. Wilders, durch viele Reisen nach Israel sehr israelfreundlich gesinnt,¹⁶ ließ sofort verlautbaren, dass er – um regieren zu können – zu Kompromissen bereit sei (er ließ seinen Widerstand gegen eine Erhöhung des Rentenalters unverzüglich fallen). Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Zusammenarbeit ihrer niederländischen Gesinnungsgenossen mit Wilders bereits als unvernünftig bezeichnet.

Die niederländische Regierungskoalition wird mit Wilders' extremen Meinungsäußerungen zum Islam konfrontiert werden, da dieser den Koran mit Hitlers *Mein Kampf* verglich. In seinen Reden, Kommentaren und Interviews zeigt Wilders eine immer radikaler werdende Variante der Islamphobie. Diese gründet sich auf einer Vielzahl von apokalyptischen Verschwörungstheorien zur bevorstehenden Unterwerfung Europas. Am 11. September 2010 in New York war er einer der wichtigsten Sprecher bei einer Demonstration gegen den Bau eines islamischen Gebetszentrums in unmittelbarer Nachbarschaft des Ground Zero. Im eigenen Land muss sich Wilders' wegen seiner harten Kritik am Islam vor Gericht verantworten: Der Verlauf dieses umstrittenen Prozesses, der Anfang Oktober 2010 begonnen hat, ist noch völlig offen, zumal der Prozess neu aufgerollt werden muss, nachdem einem Antrag der Verteidigung auf Befangenheit der Richter stattgegeben wurde. Zu erwarten ist jedoch, dass der weitere Prozessverlauf Einfluss auf die Position der Regierung haben wird.¹⁷

Es gibt auch Länder ohne erfolgreichen Rechtspopulismus. In Deutschland ist der kurzfristige Aufstieg Ronald Schills in Hamburg (2001 bis 2003) bislang der einzige ernst zu nehmende rechtspopulistische Erfolg. Zweifellos wirkt sich das historische Bewusstsein in Deutschland bremsend auf die Entwicklung rechtspopulistischer Bewegungen aus, wobei auch die föderale Struktur und die Größe des Landes einem so raschen Wachstum wie in den Niederlanden im Wege stehen. Hinzu kommt, dass eine charismatische Persönlichkeit, die auf Bundesebene mobilisierend auftreten kann, weit und breit nicht in Sicht ist. Das bedeutet jedoch nicht, dass Deutschland vor derartigen Bewegungen bewahrt bleiben wird. In der Aufregung über Thilo Sarrazins Buch *Deutschland schafft sich ab* zeigte sich, dass im September 2010 rund 18 Prozent der deutschen Bevölkerung bereit gewesen wären, eine Partei zu wählen, die aus Sarrazins Standpunkten hinsichtlich der Integrationsunfähigkeit von Muslimen ein politisches Programm machen würde. Ein Wählerpotential scheint demnach vorhanden zu sein, auch wenn von dessen Mobilisierung noch keine Rede ist.¹⁸ Es gibt weitere Länder ohne rechtspopulistische Wahlerfolge, wie etwa Spanien, Portugal, Griechenland, Irland und Luxemburg.¹⁹ Dieser Aspekt wird in einschlägigen Betrachtungen meist ausgeklammert. Zudem existiert keine „Populistische Internationale“ im Europäischen Parlament, obwohl der Populismus auch in Osteuropa erfolgreich ist. Doch herrscht innerhalb der EU Unruhe. So beschäftigten sich Ende März 2011 gleich drei Konferenzen im Europäischen Parlament, organisiert von den Fraktionen der Grünen, Liberalen und der Christdemokraten, mit der neuen Gefahr des Rechtspopulismus und möglichen Gegenstrategien.

- 1| Vgl. Hobsbawm, Eric J.: *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts.* – München; Wien: Hanser, 1995.
- 2| Vgl. Jesse, Eckhard / Thieme, Tom: *Extremismus in den EU-Staaten im Vergleich.* In: dies. (Hrsg.): *Extremismus in den EU-Staaten.* – Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2011. – S. 431-482, hier S. 458-459.
- 3| Vgl. als derzeit bestes Überblickswerk Mudde, Cas: *Populist Radical Right Parties in Europe.* – Cambridge u.a.: Cambridge University Press, 2007.
- 4| Vgl. meinen Kommentar für die Konrad-Adenauer-Stiftung London mit dem Titel „Is right-wing populism here to stay in European politics?“ – http://www.kas.de/wf/doc/kas_21456-1522-2-30.pdf?110118173147 [25.01.2011].
- 5| Vgl. Canovan, Margaret: *Populism.* – London: Junction Books, 1981.
- 6| Decker, Frank: *Rechtspopulismus. Ein neuer Parteientyp in den westlichen Demokratien.* In: *Gegenwartskunde*, 50 (2001), S. 293-305, hier S. 304.

- 7| *Die Partei ist unitaristisch, monarchistisch und agitiert gegen Immigranten. Ihr bestes Resultat erreichte sie bei den Parlamentswahlen von 1995 mit 2,3 Prozent.*
- 8| *Die „Partei der Lombarden“, ursprünglich eine autonomistische Bewegung, operiert mit einem identitätsstiftenden Geschichtsmythos und – obwohl selbst an der Regierung – mit gegen Rom (und gegen die EU) gerichteten Ressentiments. Beliebte Feindbilder sind „Nichtstuer“ aus dem Süden und Immigranten.*
- 9| *Der Mailänder Medienunternehmer Silvio Berlusconi entschloss sich im Frühjahr 1994, in die Politik einzusteigen. In Windeseile entstand anschließend unter dem Namen Forza Italia eine clubartig organisierte Massenbewegung, die bereits bei den Parlamentswahlen von 1994 mit 21 Prozent stärkste Gruppierung im Parlament wurde, was zur Machtübernahme Berlusconis als Ministerpräsident führte.*
- 10| *Die Mitte-Links-Regierungen in der Zwischenzeit unter Romano Prodi und Massimo D'Alema waren nur kurzfristig erfolgreich.*
- 11| *Der Machtfaktor „FPÖ“ wurde gar zu einem europäischen Politikum. Die EU-Mitgliedstaaten leiteten im Jahr 2000 kurzzeitig Sanktionen gegen Österreich ein, die zu heftigen Kontroversen innerhalb und außerhalb des Landes führten.*
- 12| *Die Grundlage hierfür bildeten die Rotterdamer Kommunalwahlen im Frühjahr desselben Jahres. Die Partei um Fortuyn erzielte aus dem Stand heraus 35 Prozent der Stimmen.*
- 13| *In seiner Studentenzeit erwog er noch den Beitritt zur Kommunistischen Partei, trat dann aber dem linken Flügel der Sozialdemokratie bei. Fortuyn war lange inspiriert vom Marxismus, bewunderte aber auch Silvio Berlusconi.*
- 14| *Vgl. Fortuyn, Pim: De islamisering van onze cultuur. Nederlandse identiteit als fundament. – Uithoorn; Rotterdam: Karakter u.a., 2001. – S. 95-106. Bereits 1997 hat Fortuyn sein Pamphlet „Die Islamisierung unserer Gesellschaft“ veröffentlicht, aber erst die zweite, nach dem 11. September 2001 herausgebrachte Ausgabe wurde ein großer Erfolg.*
- 15| *Ebd., S. 72-73. (Übersetzung des Verfassers).*
- 16| *Seine politischen Freunde sucht Wilders demzufolge auch nicht so sehr in Europa, sondern in den Vereinigten Staaten und in Israel – vor allem in Kreisen, die in den jeweiligen Ländern als äußerst rechts gelten. So fühlt sich Wilders mit Avigdor Lieberman und seiner Partei Jisrael Beetenou verbunden. In den USA unterhält er Kontakte mit Personen und Organisationen, die genau wie er eine Islamisierung Europas fürchten und eine starke Verbundenheit mit Israel fühlen. Zumindest diese Ausrichtung auf die Vereinigten Staaten und Israel macht Wilders zu einem Außenseiter in der nationalpopulistischen Familie, die nicht gerade für eine exponiert pro-amerikanische oder pro-israelische Haltung bekannt ist.*
- 17| *Vgl. zum Phänomen Wilders und seiner Entwicklung nun Vossen, Koen: Vom konservativen Liberalen zum Nationalpopulisten: Die ideologische Entwicklung des Geert Wilders.* In: Wielenga, Friso / Hartleb, Florian (Hrsg.): *Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich.* – Münster u.a.: Waxmann, 2011. – S. 77-104.
- 18| *Vgl. Wielenga, Friso / Hartleb, Florian: Einleitung.* In: dies. (Hrsg.): *Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich.* – Münster u.a.: Waxmann, 2011. – S. 7-16, hier S. 8.
- 19| *Vgl. Stöss, Richard: Rechtsextreme Parteien in Westeuropa.* In: Niedermayer, Oskar / Stöss, Richard / Haas, Melanie (Hrsg.): *Die Parteiensysteme Westeuropas.* – Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2006. – S. 521-563.

DEFINITION

ZUR PROBLEMATIK EINES POLITISCHEN KAMPFBEGRIFFS¹

Der Begriff Populismus ist in aller Munde. Gerne wird er mit dem Streben nach Popularität oder mit Demagogie verwechselt, auf die kein Politiker, keine Partei verzichten kann. Als Schimpfwort bezeichnet der Begriff den Vorwurf, der andere Politiker oder die andere Partei betreibe keine sachliche Politik. Populismus ist demnach nichts anderes als „Schaum-schlägerei“ mit billigen, nicht einzulösenden Versprechungen. Doch greift diese Betrachtung, die den Populismus mit dem Attribut der Geschmacklosigkeit versieht, zu kurz: Zum einen kann der Populismus-Rüffel selbst populistisch sein, als Ersatz für rationale Argumente. Zum anderen verstellt diese Betrachtung den Blick darauf, dass europaweit tatsächlich neuartige „populistische“ Parteientypen aufgekommen sind, welche die Parteiensysteme teilweise verändern können.

Der Terminus „Populismus“ (von lat. *populus* = Volk) ist im Vergleich zu Begriffen wie Liberalismus, Konservatismus oder Sozialismus nicht das Kind einer historischen Genealogie oder einer geistig-ideengeschichtlichen Fortentwicklung. Vielmehr wirkt er als ein Begriff, der wissenschaftlich nicht immer hinreichend reflektiert wird. Besondere Relevanz kommt der Bezeichnung Populismus durch die Verwendung im politischen und medialen Diskurs zu. Oftmals ist der Begriff dabei negativ konnotiert und beschreibt den Vorwurf,

der andere rede dem Volk nach dem Munde und schüre latent vorhandene Ängste und Vorurteile. Positiv gewendet gilt der „Populist“ als jemand, der die Probleme der „kleinen Leute“ versteht, sie artikuliert und direkt mit dem „Volk“ kommuniziert. Hier zeigt sich die Zwiespältigkeit des Begriffs Populismus. Einerseits verkörpert er allein aufgrund seiner Bedeutung demokratische Ideale. Populismus ist nach dieser Logik ein fester Bestandteil von Demokratie. Andererseits, gemäß dem Suffix „-ismus“, intendiert der Terminus Populismus schon per se eine Übersteigerung, welche sich auch gegen Normen des modernen demokratischen Verfassungsstaats, namentlich gegen Repräsentativkörperschaften und demokratisch-administrative Entscheidungsprozesse, richten kann. Populismus und Demokratie stehen daher in einem Spannungsverhältnis.

Einige Wissenschaftler sehen im Populismus die Kennzeichnung einer bestimmten Politik-, Interaktions- und Kommunikationsform. Sie identifizieren den Begriff mit einem bestimmten Politikstil und einer stimmungsaufgeladenen Mobilisierungsstrategie.² Der Autor stuft den Populismus hingegen als Ideologie ein, die sich anhand klarer inhaltlicher Kennzeichen bestimmen lässt. Sie eignet sich damit beispielsweise zur Bestimmung eines eigenen Parteientypus in der zeitgenössischen Parteidemokratie in Westeuropa.³ Neuerdings wird auch der Anwendungsfall „Osteuropa“ diskutiert. Betrachtet man das Phänomen auf einer globalen Ebene, so rückt die Weltregion Lateinamerika, in der ein mythenhaft aufbereiteter Populismus als autoritäre Kraft Regimecharakter hatte und hat, ins Blickfeld. Die unterschiedlichen Bedeutungsinhalte und Regionen schließen eine wissenschaftlich sinnvolle Begriffsverwendung „des“ Populismus jedoch keineswegs aus, wenn der ideologische Aspekt einbezogen wird.

Vier Dimensionen erscheinen konstitutiv, woraus sich eine strukturelle und typologische Leitlinie ergibt:

- *Technische Dimension*: Populismus vereinfacht und konstruiert einen direkten Gegensatz zwischen einem als homogen verstandenen „Volk“ und dem Establishment. Die antielitäre Haltung offenbart sich durch eine chronische, agitatorisch untermalte Beschwerdeführung im Sinne des „Tabubrechers“.

- *Inhaltliche Dimension:* Populismus führt sich als eine Art „Anti-Ismus“ mit konkreten Inhalten auf. So macht neuerdings die Tendenz zum Antislawismus innerhalb des europäischen Rechtspopulismus von sich reden. Als weitere Feindbilder fungieren auch „Globalkapitalisten“, „Sozialschmarotzer“ und Immigranten.
- *Personelle Dimension:* Ein eloquenter und charismatischer Anführer macht sich häufig zum Sprecher der populistischen Bewegung, zum Anwalt des „Volkswillens“, der in Robin-Hood-Manier gegen das Establishment kämpft.
- *Mediale Dimension:* Massenmedien, insbesondere aus dem Boulevardbereich, gehen mit dem Kalkül von Schlagzeilen häufig eine symbiotische Beziehung mit populistischen Bewegungen ein.

Damit liegt eine Definition des Phänomens nahe: Populismus, der in den Varianten des Rechts- und Linkspopulismus seit Ende der 1960er Jahre im westeuropäischen Kontext auftaucht, bezeichnet Parteien und Bewegungen, die polarisierend „gegen die da oben“, insbesondere gegen die tradierten Volksparteien mobilisieren und dabei als „Anwalt des homogenen Volkes“ auftreten. Häufig bedienen sie auf tabubrechende Art und Weise Reizthemen wie Immigration, subjektiv oder objektiv wohlfahrtserhaltenden Protektionismus gegen die ökonomische Globalisierung oder im Kontext der Europäischen Union schlicht den Wunsch nach Simplifizierung im zunehmend komplexer werdenden Mehrebenensystem. Der letztgenannte Punkt kann als allgemeines Unbehagen gegenüber Repräsentativkörperschaften verstanden werden und bringt häufig den Wunsch nach mehr Mitbestimmung im Sinne direkter Demokratie mit sich. Als Identifikationsfigur dieser Belange fungiert häufig ein „Heilsbringer“. So wird er zumindest von seinen Anhängern im Unterschied zum klassischen „Berufspolitiker“⁴ gesehen.

Der Rechtspopulismus umfasst ein Konglomerat aus Strömungen, die an die „einfachen Leute“ und nicht an bestimmte Schichten, Klassen, Berufsgruppen oder Interessen appellieren. Sowohl privilegierte Schichten als auch gesellschaftliche Randgruppen dienen als Sündenböcke für soziale Missstände. Hieraus ergeben sich zwei zentrale Aspekte:

- Die *vertikale* Dimension als allgemeines Merkmal des Populismus: die Abgrenzung gegen die politische Klasse (Institutionen, Altparteien). Sie kommt in einer Stimmung des „Wir“ gegen „die-da-oben“ zum Ausdruck.
- Die *horizontale* Dimension als spezifisch rechte Variante des Populismus: die Abgrenzung gegen Immigranten, Fremde und Kriminelle; das „Wir“ gegen „die-da-draußen“.

Die Entstehung der populistischen „Newcomer“ legitimiert sich gerade dadurch, dass – so ihre Argumentation – die Parteien, die in der politischen Verantwortung stehen, dem Wählerauftrag in irgendeiner Weise nicht mehr gerecht werden. Sie zielen auf „Anti-Parteien-Affekte“ der Bevölkerung, die legitime politische Auseinandersetzungen oftmals als überflüssiges „Parteiengezänk“ einschätzt. Vorurteile gegenüber den politischen Parteien gehen häufig auf Unkenntnis zurück. Dieses Unkenntnis ist vielfach Folge eines simplen Denkmusters, das Bürgerbewegungen als kreativ und dynamisch, Parteien hingegen als antiquierte Organisationen mit elitärem Wesenszug erscheinen lässt.

Populistische Parteientypen, die sich nicht nur von den etablierten Parteien, sondern durch ihre grundsätzliche Systembejahung auch von rechtsextremistischen Parteien abgrenzen lassen, bedienen Anti-Parteien-Affekte. Sie stehen in Gegnerschaft zum Establishment, neigen zu vorgeschobenen, inszenierten und dadurch medienwirksamen Tabubrüchen, verfügen über eine zentrale Leitfigur, zielen mit einer identitätsstiftenden Wir-Gruppe auf klare Feindbilder, preisen die direkte Verbindung zwischen „Volk“ und Regierenden und stellen ein zentrales Thema in den Mittelpunkt ihrer Agitation. Die von den „großen“ Volksparteien ausgehende Interessenvertretung, die parlamentarische Repräsentation, erscheint populistischen Formationen als defizitär, weshalb sie häufig aktiv für mehr Demokratie durch Volksbegehren und -abstimmungen eintreten. Argumentativ ist ihnen dabei eine durchaus gefährliche Rhetorik der Simplifizierung zu eigen, mit der sie ihre Politik vermarkten.

ABGRENZUNG ZUM KONSERVATISMUS

In der politischen Auseinandersetzung werden Konservative häufig als Rechtspopulisten gebrandmarkt. Eine Gleichsetzung von Konservatismus und Rechtspopulismus verkennt jedoch die Unterschiede.

Der Konservatismus orientiert sich strikt an allgemeingültigen Werteordnungen und Ideen, zum Beispiel an Disziplin oder Gehorsam. Ihn zeichnet in normativer Hinsicht Stabilität aus. Teilweise religiös geprägt führt der Konservatismus eine Debatte über Moral und Traditionen; er betont dezidiert institutionalisierte gesellschaftliche Strukturen wie Familie oder Ehe, entwickelt Strategien gegen emanzipatorische Momente innerhalb der Gesellschaft, setzt sein Fundament auf althergebrachte Eliten in geordneten Verhältnissen und transzendiert politische Grundsatzzfragen. Dem Konservatismus zufolge muss der Staat autoritär sein, wenn es um die Gestaltung der Rechtsordnung und um die innere und äußere Sicherheit geht. Andererseits verlangt der Konservatismus eine relative staatliche Enthaltsamkeit in wirtschaftspolitischen Fragen und setzt auf eine möglichst weitreichende Privatinitiative des Individuums.

Der unberechenbare Rechtspopulismus hingegen strebt keine radikale oder revolutionäre Umwälzung der bestehenden Werteordnung an; er will eine nach eigener Diktion tendenziell multikulturelle Gemeinschaft vereinheitlichen und die Staatsgewalt wegen einer dringenden Verbrechensbekämpfung und -prävention stärken. Oberflächlich betrachtet sind die oben genannten Postulate genuin konservativer Natur. Konservatismus und Rechtspopulismus verbindet, dass sie die gesellschaftlichen Traditionen bewahren wollen und sie als Kontrapunkt zu den neuen, unüberschaubaren Verhältnissen setzen und idealisieren. Trotz dieser attestierten Nähe sind die beiden Phänomene keine austauschbaren, eng zusammenliegenden Begrifflichkeiten, sondern schließen sich gegenseitig aus. So versteht sich der Konservatismus in der Regel als Idee der gesellschaftlichen Elite, wohingegen sich der Populismus eindeutig gegen das gesellschaftliche Establishment richtet.

Folgender Gesichtspunkt zeigt den Grenzverlauf zwischen Konservatismus und Populismus plastisch auf: In unterschiedlicher Wertschätzung blicken die beiden Phänomene auf die institutionellen Verfahrensweisen des demokratischen Verfassungsstaates. Der Konservatismus schätzt die Regularien der repräsentativen Demokratie hoch, der Populismus niedrig. Letzterer zeigt seinen Argwohn gegen vermittelnde *corps intermédiaires*, die sich seinem Verständnis nach zwischen Volk und Führung schieben und damit den wahren „Volkswillen“ verfälschen. Der Populismus verfolgt das Ziel, die ihm ungelegenen Institutionen zu schwächen, besonders diejenigen, die nicht auf die unmittelbare Legitimation durch das Wahlvolk zurückgreifen können. Repräsentative Elemente werden im Populis-

mus verpönt und Parteien als Vertreter von „Partikularinteressen“ miss-trauisch beäugt.

Insgesamt lässt die Gegenüberstellung von Rechtspopulismus und Konservatismus folgende Schlussfolgerung zu:

Unterschiede	
<i>Rechtspopulismus</i>	<i>Konservatismus</i>
flatterhaft, unberechenbar	stabil (feste Wertebasis)
antielitär	elitär
Geringschätzung der Institutionen	Hochschätzung der Institutionen
„Wir“ versus „die-da“ (Polarisierung)	„Wir sitzen alle in einem Boot“ (Integrierung)
Opportunismus	geistige Grundströmung

Gerade der Populismus entspringt aus einer Protesthaltung, die in Opposition zum Konservatismus steht und gegen ihn wettet. Der Rechtspopulismus profitiert signifikant aus einem Dilemma des heutigen (Neo-)Konservatismus. Demnach ist, wie Fritz Plasser und Peter A. Ulram hervorheben, der moderne Rechtspopulismus ein „Reflex auf ein strategisches Positionsproblem einer bürgerlich-konservativen Großpartei, die in den Augen ihrer rechtskonservativen Stammklientel in bestimmten Themenbereichen ein zu unscharfes programmatisches Profil bietet“.⁵ Der Konservatismus ist somit von einem erstarkten Rechtspopulismus in die Defensive gedrängt und zur Reaktion gezwungen.

VERHÄLTNIS ZUM RECHTSEXTREMISMUS

Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus, extreme Rechte, Neue Rechte, radikale Rechte, (Rechts-)Fundamentalismus, (Neo-)Faschismus – all diese Begriffe sind neben dem Rechtspopulismus im Umlauf, um einen ähnlichen Phänomenbereich zu bezeichnen. Oft verwenden manche Autoren sie einfach synonym und vernachlässigen eine Begriffsabgrenzung. Zum Verständnis des Rechtspopulismus trägt die Frage bei, in welchem Verhältnis er zum Rechtsextremismus steht. Überschneidungen zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus lassen sich in gewissen Punkten eindeutig nachweisen, obwohl die genannten Phänomene keinesfalls gleichzusetzen oder austauschbar sind.

Die *Liste Pim Fortuyn* oder die PVV von Geert Wilders können als populistisch, aber nicht als extremistisch bezeichnet werden. Der belgische *Vlaams Belang* und der französische *Front National* sind populistisch und durch rassistische Komponenten auch als extremistisch etikettierbar. Es gibt die Möglichkeit punktueller Überschneidungen und sogar erheblicher Berührungspunkte mit verfassungsfeindlichen Bestrebungen, gleichwohl muss Populismus keineswegs mit Extremismus korrelieren. Es lässt sich generell festhalten, dass populistische Parteien oder Bewegungen nicht a priori auf antidemokratische oder verfassungsfeindliche Positionen festlegbar sind. Sie können durchaus auch demokratiefähige Elemente artikulieren.

Populismus darf nicht von vornherein als verfassungsfeindlich diskreditiert werden. Er rüttelt nicht an den Eckpfeilern des demokratischen Wertekanons. Die populistischen Antihaltungen entspringen einem zielgruppenorientierten Opportunismus, nicht einer konsequenten Systemgegnerschaft. Eine Anti-System-Partei verweigert sich einer Kooperation mit den „Systemparteien“ und zielt auf destruktive Verweigerung im politischen Prozess ab; eine Anti-Parteien-Partei will im politischen Prozess auf ihre eigene Art konstruktiv mitwirken und ist grundsätzlich zu Kommunikation und Koalitionsbildung bereit. Die populistischen Parteien operieren nicht mit Anti-System-, sondern mit Anti-Parteien-Affekten. Eine Prüfung ist im Einzelfall dadurch genau abzuwägen.

Der westeuropäische Rechtspopulismus wird häufig als eine Art neuer Faschismus verstanden. So unterstellt Claus Leggewie dem Rechtspopulismus eine „fatale Nähe zum faschistischen Gedankengut“.⁶ Rechtspopulisten streben aber keine radikale Umwälzung der bestehenden Werteordnung und keine revolutionären Veränderungen an. Rückgriffe des Rechtspopulismus auf den Faschismus sind höchstens selektiver Natur. Mit anderen Worten: Der Rechtspopulismus verfügt über kein historisch fundiertes Feindbild, sondern hantiert mit diffusen Ressentiments. Anders als die traditionelle und faschistische Rechte firmiert der Populismus per se nicht als eine antidemokratische Bewegung.

In den Programmpunkten der populistischen Parteien sind negative und zynische Formulierungen vorherrschend. Die Vorwürfe zielen auf Parteien, die ein Inbegriff des pluralistischen Systems in den westlichen Demokratien sind. Mit seiner teilweise platten und stupiden Rhetorik spricht der Populismus aber mitunter auch tatsächliche Defizite der

überdehnten Parteiendemokratie – wie Politikverflechtung und *Political Correctness* – an. Dadurch wird die Politik zu Veränderungen gezwungen. Der Politikeralltag stellt sich in den Augen der Rechtspopulisten als großes Bereicherungsunternehmen dar, eingerichtet zu dem Zweck, Geld von unten nach oben zu verteilen. Ein einheitliches Gegenbild wollen dagegen die Vertreter der eigenen Partei abgeben; sie erscheinen als unbestechlich und ideologiefrei, pragmatisch und unkonventionell.

Populistische Parteien agieren mit einer Politik der Beschwerdeführung, die auf den politischen Gegner zielt und wenig Skrupel kennt. Gerne setzen sie speziell in Wahlkämpfen das Mittel des „Negative-Campaigning“ ein, da sie als Anti-Parteien-Parteien im Zuge der modernen „Waschmittelwahlkämpfe“ darauf erpicht sind, sich als „Farbtupfer“ darzustellen. Die sogenannten Polarisierungsstrategien manifestieren sich beispielsweise in Schuldzuweisungen und richten sich generell gegen Politiker etablierter Parteien. Das macht sie aber noch nicht zu Rechtsextremen.

- 1/ Vgl. hierzu Hartleb, Florian: *Rechtspopulistische Parteien. – Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2005. – (Arbeitspapier/Dokumentation; 143).*
- 2/ Vgl. Jagers, Jan / Walgrave, Stephaan: *Populism as a communication style: An empiric study of political parties' discourse in Belgium. In: European Journal of Political Research, 46 (2007) 3, S. 319-345.*
- 3/ Vgl. Hartleb, Florian: *Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS. – Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2004.*
- 4/ Vgl. zu dieser grundlegenden Problematik von Politik Weber, Max: *Politik als Beruf. – Stuttgart: Reclam, 1992.*
- 5/ Plasser, Fritz / Ulram, Peter A.: *Wahltag ist Zahltag. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 18 (1989), S. 151-164, hier S. 155.*
- 6/ Leggewie, Claus: *„Nationalpopulismus“ – der neue Rechtsextremismus. In: Theo Schiller (Hrsg.): Parteien und Gesellschaft. – Stuttgart: Hirzel u.a., 1992. – S. 61-70, hier S. 66.*

WÄHLERKLIENTEL

In den 1980er und frühen 1990er Jahren vertraten viele erfolgreiche europäische Rechtsaußen-Parteien noch neo-liberale, aber kaum kapitalismuskritische Positionen. Beispiele sind die österreichische FPÖ und der *Front National*. Der Wettbewerbsgedanke dominierte. Heute buhlen solche rechten Formationen um Globalisierungsverlierer. Der Kapitalismus selbst bietet zahlreiche Anstöße für Kritik, wie die weltweite Kettenreaktion im Zuge des Kollapses einiger US-amerikanischer Banken im Jahr 2008 gezeigt hat.

Neben der Globalisierungsverliererthese gibt es den Wohlfahrtschauvinismus als griffige Erklärungsformel. Die Politik des Wohlfahrtschauvinismus zielt darauf ab, die Leistungen des Wohlfahrtsstaates weitgehend allein der einheimischen Bevölkerung zukommen zu lassen. Der Begriff „Wohlfahrt“ bezieht sich dabei auf die vom Staat gestellten Sozialleistungen für den Einzelnen und nicht auf den gesellschaftlichen Wohlstand.¹ Wohlfahrtschauvinismus argumentiert mit der Fiktion, Verteilungskonflikte drehten sich ausschließlich um den eigenen Nationalstaat. Somit werden protektionistische Einstellungen innerhalb der Bevölkerung und Wählerschaft bedient. Die Wähler wollen ihren Besitzstand um jeden Preis erhalten und wenden sich deshalb an eine Partei, die für diese Bestrebung einzustehen verspricht. Rechtspopulistische Formationen bedienen mit Abschottungsparolen Schutzbedürfnisse der Bevölkerung. Sie schüren die Angst vor ökonomischer Deklassierung und dem sozialen Abstieg.

In der heutigen Zeit, in der die durch Automatisierung und Verlagerung der Produktion in Länder mit niedrigen Arbeitskosten überflüssig gewordenen Industriearbeiter sich um eine Stelle im Dienstleistungssektor bewerben und dabei ebenfalls mit Immigranten konkurrieren müssen, kann von einer (sogar internationalen) Modernisierungskrise gesprochen werden. Einerseits setzt sich die gebildete Oberschicht heutzutage fast ausschließlich aus individualistischen und liberalen Weltbürgern zusammen, die mehrere Fremdsprachen beherrschen und die durchaus die multikulturelle Gesellschaft mit ihren offenen Grenzen und die Globalisierung bejahen. Andererseits halten die bildungsfernen Schichten an nationalen Traditionen, an ihrer Muttersprache, an der einheimischen Kultur und an den alten Wohnvierteln in Großstädten, trotz vermehrter Ansiedelung von Immigranten, fest. Außerdem befürchten sie, dass der nationale Fürsorgestaat oder Wohlfahrtsstaat zusammenbrechen würde, wenn den massenhaft eingewanderten Ausländern der Zugang zu seinen Leistungen nicht gesperrt wird; ihr *welfare state chauvinism* wird von populistischen und nationalistischen Parteien aufgegriffen und geschürt. Dieser Wohlfahrtsstaatschauvinismus wird manchmal als soziologische Alternative zur Modernisierungsverlierertheorie ausgelegt und besagt, dass die Wähler populistischer Parteien mehr traditionelle oder halbwegs moderne und weniger postmoderne Werte verinnerlicht haben als die Wähler etablierter Parteien. Es wird demnach behauptet, dass sie der multikulturellen und globalisierten Gesellschaft kritischer gegenüberstehen, was hinreichend von empirischen Forschungen belegt wurde. Christoph Blochers SVP gelang es bei den Schweizer Nationalratswahlen, ein Reservoir von Wählern aus Wirtschaftskreisen zu erschließen. Die Wählerschaft reichte von Wirtschaftsliberalen bis Neo-Yuppies und sie verband vor allem eines: die Abneigung gegen Staat und Steuern. Damit gewann die Partei eine völlig heterogene Klientel, die sowohl Bauern, Handwerker und Globalisierungsverlierer als auch Wirtschaftsvertreter und Neureiche umfasste.²

Die wachsenden wahlpolitischen Erfolge rechtspopulistischer Parteien stehen im Zusammenhang mit der Modernisierungskrise des neoliberalen Shareholder-Kapitalismus, der auch vor weltweiten Finanzkrisen nicht halt macht. Dieser ist zum einen – aufgrund von Megafusionen und Börsenspekulationen – durch eine rapide zunehmende Konzentration im Finanzsektor und zum anderen durch eine geforderte Forcierung des Arbeitstempos, durch Arbeitslosigkeit, Deregulierungspolitik und Sozialabbau gekennzeichnet. Der neoliberale Kapitalismus bewirkt eine schär-

fere Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich. Diese wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen bringen eine mit Ängsten, Bedrohungs- und Identitätsverlustgefühlen verbundene starke Erschütterung des sozialen Gefüges mit sich.

Eine weitere Erklärung wird mit realen Statistiken nach der Formel „mehr Ausländeranteil und mehr Immigration gleich mehr Erfolg durch die immigrationsfeindlichen Rechtspopulisten“ angeführt. Rechtspopulistische Parteien können aber – wie Steffen Angenendt nachweist – unabhängig von der real existierenden Einwanderungspolitik des jeweiligen Landes reüssieren: „So haben zwar einige Länder mit starken rechtspopulistischen Parteien einen relativ hohen Ausländeranteil, wie Belgien, Österreich und die Schweiz, andere, wie Dänemark, Frankreich, Italien, Norwegen und Portugal, hingegen nicht. [...] Es könnte nun noch vermutet werden, dass in Ländern mit großen Wahlerfolgen der Rechtspopulisten und niedrigem Ausländeranteil die mit der Einwanderung verbundenen Probleme besonders gravierend sind. Dies scheint aber auch nicht zuzutreffen: Für Frankreich mit den nun schon seit Jahrzehnten bestehenden Integrationsproblemen in den Ghettos der Vorstädte mag das zwar gelten, aber nicht für Dänemark und Norwegen.“³ Auch in Schweden konnten die „Schwedendemokraten“ 2010 in das Parlament einziehen, gleichwohl es im Lande keine größeren Immigrationsprobleme gibt.

- 1| Vgl. Decker, Frank: *Der neue Rechtspopulismus*. – 2., überarb. Aufl. – Opladen: Leske und Budrich, 2004. – S. 198-206.
- 2| Vgl. zu diesem Absatz Lucardie, Paul: *Populismus: begriffshistorische und theoretische Bemerkungen*. In: Wielenga, Friso / Hartleb, Florian (Hrsg.): *Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich*. – Münster u.a.: Waxmann, 2011. – S. 17-38, hier S. 27-29.
- 3| Angenendt, Steffen: *Einwanderung und Rechtspopulismus. Eine Analyse im europäischen Vergleich*. In: *Internationale Politik*, 58 (2003) 4, S. 3-12, hier S. 11.

MOBILISIERUNGSTHEMEN

EINWANDERUNGSKRITIK UND ISLAMFEINDLICHKEIT

Die Immigrationsfrage hat in Westeuropa mittlerweile einen immens hohen Stellenwert: Die rechtspopulistischen Parteien und deren Repräsentanten schlagen aus einer „Das Boot ist voll“-Kampagne Kapital. Wie aus Umfragen hervorgeht, sind ungefähr zwei Drittel der Bürger der Europäischen Union schon seit längerem der Ansicht, die Obergrenze der Aufnahmefähigkeit von Migranten sei erreicht. Mit derartigen Einstellungen wird nicht nur ein „Nein“ zu Asylbewerbern oder Arbeitsimmigranten ausgedrückt, sondern ein tief liegendes Gefühl der Unsicherheit und des Unbehagens in Worte gefasst. Experten räumen heute ein, dass politisch Verantwortliche und soziale Einrichtungen die Einwanderer viel zu lange „in Watte gepackt“ hätten. Sie übersahen den kulturellen Konflikt, der sich zwischen dem orthodoxen Islam und den libertär-permissiven europäischen Gesellschaften, in denen sich beispielsweise die Emanzipationsprozesse von Frauen und Homosexuellen gleichsam zu identitätsstiftenden Werten entwickelt hatten, abzeichnete.¹ Politik und Verantwortliche pflegten lange ein romantisches, nicht der Wirklichkeit entsprechendes Bild.²

Die wenig integrierten Muslime haben im heutigen Europa unter Diskriminierungen und Vorurteilen zu leiden. Nahezu alle rechtspopulistischen Formationen sehen die europäische Kultur bedroht und warnen vor der Islamisierung Europas

und der Gefährdung der nationalen Identität. Sie spielen auf der Klaviatur der Ressentiments, womit sie aber immer größeren Einfluss auf die Regierungs-*Policies* entfalten (Burkaverbot etc.). Die Präsenz des Islams und dessen öffentliche Darstellung – der Bau von Moscheen, traditionelle Kleidung und Ähnliches – ist ihnen ein Dorn im Auge. Zudem will der Rechtspopulismus die Erwartungen einer Wählerschaft erfüllen, die seit dem 11. September 2001 an einer Art antiislamischen Psychose leidet. Der Islam wird als globale Bedrohung gesehen. Nach Auffassung von Michael Ehrke „beginnt sich [seither] die generelle Ablehnung von Migranten mit einem Kulturkampf oder einem *clash of civilisations* zu vermischen [...]. Das antiislamische Motiv wird den Rechtspopulismus der Zukunft aller Voraussicht nach noch stärker kennzeichnen als heute“.³ Realer Anknüpfungspunkt ist der schwierige Umgang in vielen Ländern mit der Frage der Massenmigration, der Integration und der sogenannten Multikulturalität.

GLOBALISIERUNGSKRITISCHER DISKURS

Der Begriff „Globalisierung“ ist theoretisch unscharf und ideologisch vielfältig aufladbar. In den letzten Jahren ist man in öffentlichen Debatten häufig auf das Wort gestoßen. Bekannte Politiker, Wirtschaftseliten, Gewerkschaftsfunktionäre, Pazifisten und Umweltaktivisten gebrauchen den Begriff Globalisierung ebenso wie Rechtspopulisten. Das Globalisierungsthema strahlt dabei diskursiv auf das europäische Parteiensystem aus: In den EU-Mitgliedsländern finden globalisierungskritische Positionen verstärkt Anklang. Große gesellschaftliche Umbrüche bringen in der Regel Gegenbewegungen hervor. Wie relevant das Thema „Kritiker der Globalisierung“ wirklich ist, zeigt ihre positive Bewertung durch die Öffentlichkeit. Anders als in den 1990er Jahren sieht man nun die Möglichkeit zur Gestaltung und eben keinen schicksalhaften Sachzwang.

Rechtspopulistische Formationen im 21. Jahrhundert bedienen sich der populär gewordenen Globalisierungskritik, die eigentlich der ideologische Gegenpart ins Leben gerufen hat. Berührungspunkte bieten sich in vielerlei (pragmatisch-opportunistischer) Hinsicht, vor allem in der populär gewordenen Kritik gegenüber multinationalen Konzernen und Institutionen an. Der Schwerpunkt auf Globalisierung in der Agenda des Rechtspopulismus entwickelte sich aus einer verstärkten Artikulierung der „sozialen Frage“ und der Selbststilisierung als „Schutzmacht der kleinen Leute“ ab Mitte der 1990er Jahre. Die vage gehaltenen Ideen der „linken“

globalisierungskritischen Bewegung bieten Raum für eine eigene, „von rechts“ buchstabierte Interpretation. Mit dem gleichen Feindbild des „Neoliberalismus“ untermauern diese Formationen ihre Argumentation für das Vaterland und für einen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Protektionismus der „Nation“. Den „rechten“ Globalisierungskritikern fehlt aber der intellektuelle Überbau einer theoretisch vorgetragenen Globalisierungskritik. Gleichwohl wollen sie – gestützt auf die eigenen nationalistischen Gefühle – Ängste vor einer globalisierten Welt in der Bevölkerung schüren.

Die heftige Kritik an der Globalisierung steht im Zusammenhang mit einem diffusen antimodernistischen Gefühl, das verklärend und idealisierend auftritt. Der Rechtspopulismus will Heimstatt in Zeiten eines verstärkten Wettbewerbsdrucks sein. Ein Mittel rechtspopulistischer Argumentation ist daher ein Verhältnis zur Globalisierung, das von schierer Ablehnung bis zu dezenter Skepsis reicht. Rechtspopulistische Formationen argumentieren, dass die Globalisierung als ein ökonomisch motivierter Prozess der Entgrenzung eine fatale Entwicklung nehme, die weitestgehend gestoppt werden müsse. Andere rechtspopulistische Parteien zeigen sich ohne ideologischen Ballast und ringen sich zu einer bedingten Befürwortung der wirtschaftlichen Globalisierung samt ihren Folgen durch. Gegen den Import besonders qualifizierter Arbeitskräfte und einen weitgehend deregulierten Arbeitsmarkt haben sie in der Regel nichts einzuwenden. Nichtsdestotrotz schüren Rechtspopulisten die Furcht vor der Globalisierung, indem sie eine Art nationalistische Abkopplung als scheinbare Lösung anbieten. Folgt man ihrer Argumentation, so erscheint Globalisierung als etwas Böses, das „von außen“ kommt. Sie stellt gewissermaßen einen unerfreulichen Eindringling dar.

Die populistische Rechte agiert tendenziell mit „territorialistischen“ Argumenten:⁴ Sie propagiert die Illusion einer kleinen, intakten Welt, die vor globalen Wirtschaftszyklen geschützt werden kann; sie preist einen wirtschaftlichen Protektionismus und kanalisiert diffuse Bevölkerungsängste, die beispielsweise um den Verlust heimischer Arbeitsplätze durch Importe und Investitionen kreisen. Die verengte, auf Ressentiments des „kleinen Mannes“ abgestellte Sichtweise übersieht die Bedeutung globaler Abhängigkeiten und spielt mit der nationalen Trumpfkarte.

EUROSKEPTIZISMUS

Euroskeptizismus ist ein sehr umfassender Begriff, der eine ganze Bandbreite unterschiedlicher inhaltlicher Positionen anspricht. Seine Ursprünge hat er – wenig überraschend – im traditionell euroskeptischen Großbritannien, wo er im politischen und journalistischen Sprachgebrauch Mitte der 1980er Jahre Eingang fand. Das *Oxford English Dictionary* definierte dann auch einen „Euroskeptiker“ als eine Person, die sich über die Machtzunahme der Europäischen Gemeinschaft bzw. Union wenig begeistert zeigt. Im originären Gebrauch bezeichnete er in dieser frühen Kategorisierungsphase eine Oppositionshaltung zur EU bzw. EG wie auch zur Europäischen Integration als Ganzes.⁵ Der britische Politikwissenschaftler Paul Taggart charakterisierte 1998 den Euroskeptizismus als „Baustein der Unzufriedenheit“ innerhalb der westeuropäischen Parteiensysteme.⁶ In den Debatten um die Zukunft Europas verschwimmen seither die Ebenen „Europäische Integration“ und „Europäische Union“ häufig, obwohl diese keineswegs Hand in Hand gehen müssen. Weite Beachtung hat wohl auch daher die phänomenologische Unterscheidung von „hartem“ und „weichem“ Euroskeptizismus gefunden, die Paul Taggart und Aleks Szczerbiak 2002 mit Blick auf die neuen osteuropäischen Beitrittskandidaten der EU getroffen haben. Die „weiche“ Form bedeutet die qualifizierte Ablehnung bestimmter Aspekte des Integrationsprojektes oder der EU in ihrer gegenwärtigen institutionellen Form. Geläufig ist das Argument, nationale Interessen stünden dem supranationalen Vertragswerk entgegen. Die „harte“ Form lehnt die „Idee Europa“ hingegen in ihren Grundsätzen ab und damit folgerichtig auch den Beitritt zur EU.⁷

Der Rechtspopulismus bekundet seine Skepsis gegenüber einem zusammenwachsenden Europa. Rechtspopulistische Parteien bedienen die in der Bevölkerung vorhandenen Stimmungen gegen ein Europa, welches auf Kosten der eigenen nationalen Identität von EU bzw. EG regiert werde. Die Europäische Union beäugen sie gemäß dem Slogan „Europa ja – EU nein!“ misstrauisch. Von den rechtspopulistischen Parteien gehen keine positiven Visionen oder Impulse für ein geeintes Europa aus, ganz im Gegenteil. Rechtspopulisten warnen vor einem massiven Einschnitt in die nationale Souveränität und Identität durch die Brüsseler Institutionen, denen es offensichtlich an Bürgernähe und demokratischer Legitimation fehle. Missstände im derzeitigen Institutionengefüge bieten den idealen Anknüpfungspunkt: Der EU-Politik mangelt es tatsächlich an

demokratischer Rechenschaftspflicht, auch wenn der Vertrag von Lissabon die Rechte des Europäischen Parlaments stärkte.

Der Euroskeptizismus in Westeuropa hat eine komplexe Ausprägung. Die Ursache dafür liegt in der Geschichte des Europäischen Integrationsprozesses. Insbesondere die sechs Gründungsstaaten der Europäischen Gemeinschaften waren von den Schatten der vom Nationalsozialismus geprägten Vergangenheit, von den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs sensibilisiert. Für die Europäischen Gemeinschaften spielten neben wirtschaftlichen Erwägungen Humanismus, Sicherheit und der Frieden in Europa eine bedeutende Rolle. Diese Ideale haben bis heute eine große Bedeutung, so dass der Mainstream in den Parteiensystemen der Mitgliedstaaten integriert wurde. Mildere Formen eines Euroskeptizismus resultieren daraus, dass das „Etwas-für-jeden“-Programm der EU nicht immer kongruent ist mit den nationalen Interessen und den Wahlkampfstrategien der Parteien. Eine ökonomische Konfliktlinie zeigt sich aktuell besonders am irischen EU-Skeptizismus. Die Bevölkerung hat von den Europäischen Gemeinschaften und dem Umverteilungsprinzip selbst immens profitiert und hat nun Angst, vom Wohlstandskuchen etwas abgeben zu müssen. Militanter Euroskeptizismus entsteht an den Rändern des Parteiensystems vor allem dann, wenn unvereinbare, ideologisch motivierte Ziele von kommunistischen oder fremdenfeindlichen Kräften artikuliert werden. Bei der Europawahl des Jahres 2009 sorgten euroskeptische Kräfte am rechten Rand für Furore: In den Niederlanden kam die neu gegründete Partei des Rechtspopulisten Geert Wilders (PVV) auf knapp 17 Prozent der Stimmen und damit auf Platz zwei. In Österreich konnten die Freiheitlichen ihren Stimmanteil auf 13,1 Prozent verdoppeln; zudem kam das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), einst von Jörg Haider aus Rache an seiner „alten“ Partei FPÖ gegründet, auf 4,7 Prozent. Zählt man dazu die Stimmen für die Liste des EU-Rebellen und früheren *Spiegel*-Korrespondenten Hans-Peter Martin, bedeutet das zusammengenommen Platz eins für die Euroskeptiker.

Die Schattenseiten des Brüsseler Bündnisses – der Zentralismus und die „Regelungswut der Eurokraten“ – bilden in der Argumentation der Rechtspopulisten einen Gegensatz zu dem, was sie selber verkörpern wollen: „Volksnähe“ und schnelles, unbürokratisches Reagieren auf die Bedürfnisse der eigenen nationalen Bevölkerung. Dazu weisen sie auf ein Dilemma der europäischen Integrationsbewegung hin: Der in Abstim-

mungen und Wahlen geäußerte Wille eines europäischen Staatsvolkes fristet ein Schattendasein. Der Pferdefuß besteht darin, dass die Europäische Union ihre Legitimität primär aus Verträgen der Staatsregierungen und erst nachrangig aus Beschlüssen des Europäischen Parlaments als Vertretung des Volkes bezieht. Im Unterschied zu rechtsextremen Positionen lehnen Rechtspopulisten den europäischen Einigungsprozess jedoch nicht ab. Vorrangig kritisieren sie das „Wie“, nicht das „Ob“. Das EU-Thema lässt sich in verschiedenen Variationen transparent machen. Auf diese Weise können Populisten die Schwäche der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik anprangern und damit in ihrer typischen Schwarz-Weiß-Malerei ein christlich-abendländisches Bollwerk gegen einen unberechenbaren Islam propagieren. Oder sie prangern den freien Warenverkehr im Binnenmarkt an und machen ihn für die organisierte Kriminalität verantwortlich. Sie bauen darauf, dass es ein gewaltiges Potential an antieuropäischen Ressentiments gibt, welches politisch nutzbar ist. Manche rechtspopulistischen Parteien verhalten sich gegenüber der EU ambivalent, insbesondere in Immigrationsfragen. Populisten, die längerfristig „überleben“ wollen, werden allem Anschein nach nicht zum Boykott der EU aufrufen, sondern vielmehr „eine ökonomische und kulturelle Festung Europa“ anpreisen und vermarkten.

SOZIALPOPULISMUS

Die Anforderungen an das Verhältnis von Staat und Wirtschaft formulieren rechtspopulistische Parteien auf ambivalente Weise: Die Vermeidung von Staatseingriffen in die Wirtschaft, Steuersenkungen, die Reduzierung des Staatsapparates, die Privatisierung staatlicher und kommunaler Aufgaben sowie ultraliberale Vorstellungen in der Steuer- und Kulturpolitik gehören ebenso zum Repertoire wie der Ruf nach staatlichen Förderungen in verschiedenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen, die Protektion der nationalen Wirtschaft, die Forderung nach Schutzfunktionen des Staates für das Gesundheitswesen sowie die Unterstützung für die „wirklich“ Bedürftigen. An sich unvereinbare Forderungen wie die Stärkung der sozialen Sicherheit vor allem der „kleinen Leute“, die Erhöhung der Ausgaben für Familien oder Polizei und zugleich eine Reduktion der Staatsaufgaben oder die Privatisierung öffentlicher Betriebe werden auf einen Nenner gebracht.

Der Rechtspopulismus akzeptiert grundsätzlich die Prinzipien der Marktwirtschaft. Rechtspopulistische Parteien mischen in ihren Programmen und in ihrer Propaganda die ökonomischen Ziele neoliberaler Deregulierung mit Antiglobalisierungsressentiments, verbinden Einkommensumverteilung zugunsten höherer Einkommensschichten mit sozialer Demagogie bzw. sozialstaatsprotektionistischen Elementen und sprechen mit diesem höchst widersprüchlichen Ideologiekonglomerat eine breite Wählerschicht an. Die populistische Rechte betreibt in großer Mehrzahl eine Doppelstrategie. Einerseits befürwortet sie eine Deregulierung in ihrem Staat, andererseits bezweckt sie, den Staat mittels regulativer Maßnahmen gegenüber anderen Staaten zu schützen. Die internationale Konkurrenz von Billiglohnländern dient beispielsweise zur Rechtfertigung des Protektionismus.

Das Streben nach individueller Leistungsfähigkeit bedient einen Argwohn gegenüber dem sozialen Netz und führt zu sozialdemagogischen Postulaten, die sich gegen „Sozialschmarotzer“ richten. Die Vorstellungen der Rechtspopulisten neigen eher zu einer negativen Abgrenzung zur gegenwärtigen Politik, als dass sie ein festgelegtes Programm bilden. In ihrer positiven Benennung müssen sie immer vage genug bleiben, um den Staat als Förderer der heimischen Wirtschaft sozusagen durch die Hintertür wieder einzuführen. Es kristallisiert sich ein Nebeneinander von marktzentrierten und protektionistischen Ideen heraus. Deregulierung gilt als Voraussetzung und Rezept für unternehmerischen Erfolg und Prosperität der Wirtschaft. Wenn das Vertrauen in die eigene internationale Konkurrenzfähigkeit gering ausfällt, muss gemäß der rechtspopulistischen Argumentation Raum bleiben für das Versprechen, durch staatliche Unterstützung und den Schutz vor ausländischer Konkurrenz die Zukunft zu sichern. Rechtspopulisten haben also wirtschaftsprotektionistische Vorstellungen, die mit spürbar nationalistischen Untertönen versehen sind.

- 1/ Vgl. zu diesem Absatz Cuperus, René: *Der populistische Dammbreach. Die niederländischen Volksparteien unter Druck*. In: Wielenga, Friso / Hartleb, Florian (Hrsg.): *Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich*. – Münster u.a.: Waxmann, 2011. – S. 163-178.
- 2/ Vgl. zu diesem Absatz Scheffer, Paul: *Das Scheitern eines Traums. Die multi-kulturelle Gesellschaft ist eine Illusion*. In: *Die Zeit vom 11.07.2002*, S. 3.
- 3/ Ehrke, Michael: *Rechtspopulismus in Europa. Die Meuterei der Besitzstandswahrer*. – Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2002. – S. 17 (Hervorhebung im Original).

- 4| Leggewie, Claus: *Rechts gegen Globalisierung*. In: *Internationale Politik*, 58 (2003) 4, S. 33.
- 5| Vgl. Harmsen, Robert / Spiering, Menno: *Introduction: Euroscepticism and the Evolution of European Political Debate*. In: dies. (Hrsg.): *Euroscepticism: Party Politics, National Identity and European Integration*. – Amsterdam; New York: Rodopi, 2004. – S. 13-36, hier S. 15-17. – (*European studies*; 20).
- 6| Vgl. Taggart, Paul: *A touchstone of dissent. Euroscepticism in contemporary western European party systems*. In: *European Journal of Political Research*, 33 (1998) 3, S. 363-388.
- 7| Vgl. Taggart, Paul / Szczerbiak, Aleks: *Contemporary Euroscepticism in the party systems of the European Union candidate states of Central and Eastern Europe*. In: *European Journal of Political Research*, 43 (2004) 1, S. 1-27, hier S. 3-4.

FAKTOR PERSÖNLICHKEIT?

Der Populismus bietet nicht zuletzt auch Orientierung, weil er als Bewegung auftritt, welche die Lösung von Problemen „personalisiert“. Seine Struktur ist dadurch gekennzeichnet, dass es sich eher um lose organisierte Bewegungen mit Massenbasis als um politische Parteien im tradierten Sinn handelt. Geert Wilders ist gar das einzige Mitglied seiner Partei, was eine völlige Loslösung vom tradierten Konzept der Mitgliederpartei bedeutet. Der Populismus ist Symptom eines Funktionswandels der Parteien, gerade weil die Partei nicht mehr durch eine Pyramidenstruktur aus der Basis wächst, sondern eine virtuelle Erscheinung rund um eine einzige Person zu sein scheint. Bereits aufgrund der eher lockeren Binnenorganisation ergibt sich eine auf den „Kopf“ zugeschnittene Bindung. Innerparteilich kann es dabei zu einem Mangel an Demokratie kommen. Die Parteien werden autoritär geführt und vertreten diesen Anspruch durch den Vorsitzenden. Zentrale Fragen entscheidet oftmals die Führungsfigur, ohne die übrige Parteiführung oder gar die Parteibasis einzubeziehen. Teilweise nötigt sie die Partei zur Akzeptanz, indem sie Entscheidungen zunächst in der Öffentlichkeit bekannt gibt, um dadurch Druck auf Funktionäre und Mitglieder auszuüben.

Eine populistische Führungspersönlichkeit, die als selbst-ernannter parteipolitischer Interessenvertreter des „kleinen Mannes“ und/oder des „nationalen Interesses“ auftritt, behauptet unter Berufung auf den hypothetischen Volkswillen, die „wahren“ Bedürfnisse des Volkes zu erkennen.

Rhetorisch kommen verschiedene Erfolg versprechende Stilmittel zum Einsatz:¹

- *„Trick der verfolgten Unschuld“*: Er sieht sich in der Opferrolle und von den Medien und den „Altparteien“ zu Unrecht stigmatisiert.
- *„Kreuzzugsmentalität“*: Er will der Kämpfer für den „kleinen Mann“ sein, der endlich sein Recht fordert. Stellvertretend kämpft er gegen Korruption und Filz.
- *„Trick der Unermüdlichkeit“*: Er will als beharrlicher und hartnäckiger Kämpfer für die gerechte Sache auftreten.
- *„Sendboten-Trick“*: Er stellt das Image des progressiven Heilsbringers zur Schau.

Der Populist wirbt damit, die einzige Alternative zum politischen Chaos bzw. zu den korrupten Parteien und Politikern sowie der „saubere“ Retter der Nation zu sein. Von kühnen Projekten und großen Visionen hält er nichts. Angeblich führe er das „absolut Neue“ im positiven Sinne in die Politik ein. Teilweise entspricht der Werdegang des Populisten nicht den gängigen Mustern politischer Karrieren; er ist Quereinsteiger bzw. tritt als solcher auf und kann so nach außen hin eine Distanzierung vom herkömmlichen Politikertypus erreichen. Seine Unerfahrenheit in der Politik verkauft er als positive Eigenschaft. Des Weiteren pflegt er das Image eines „Anti-Berufspolitikers“, nimmt die Rolle des Nicht-Politikers ein, der seine Sporen anderswo – in der Wirtschaft oder im Entertainment – erworben hat. Im Wahlkampf versucht er, das Element des neuen „anderen“ Politikers weiter auszubauen, wobei ein mythologischer Fundus grundlegend ist.

Der Populist predigt in seiner Eigenaussage, dass – wie an seinem Beispiel erkennbar – harte Arbeit automatisch zum Erfolg führt und dass hohe, selbst anvisierte Ziele mit Mut, Selbstvertrauen und dem Glauben an die eigene Stärke auch verwirklicht werden können. So verkörpert der Schweizer Christoph Blocher eine Doppelfunktion. Einerseits wirkt er, ein milliardenschwerer Chemieunternehmer, offensichtlich als ein erfolgreicher Unternehmer. Andererseits haftet ihm als gelerntem Bauern der Stallgeruch des einfachen Mannes an. Er hat stets Distanz zu den Eliten gewahrt und wurde von diesen nie als einer der ihnen angesehen. Blocher

wirkt nicht nur so, er ist auch schlichtweg volkstümlich. Er artikuliert Missmut und Empörung, spricht in kurzen Sätzen und mit markigen Worten.

Der Populist verspricht, die angeblichen Verkrustungen des politischen Tagesgeschäfts aufzubrechen, die Alltagsthemen, Sorgen und Nöte der „schweigenden Mehrheit“ zu artikulieren und die Koordinationssysteme des politischen Diskurses, die aus seiner Sicht aus den Fugen geraten sind, wieder zurechtzurücken. Er wird als „bad guy“ der Politik wahrgenommen bzw. kokettiert damit. Entscheidend für die Integrations-, Außen- und Medienwirkung ist dabei eine charismatische Führungspersönlichkeit. Die Häufigkeit charismatischer² Führungsfiguren in populistischen Bewegungen ergibt sich zum einen aus dem Fehlen anderer, zum Beispiel programmatisch oder traditionell vorstrukturierter Legitimationskriterien, zum anderen aus dem Charakter des Populismus als einer zunächst lose organisierten, prinzipiell oppositionellen Anti-Bewegung. Ein charismatischer Anführer im Sinne von Max Weber ergreift „die ihm angemessene Aufgabe und verlangt Gehorsam und Gefolgschaft kraft seiner (ursprünglich im religiösen Sinne verstandenen) Sendung. Ob er sie findet, entscheidet der Erfolg. Erkennen diejenigen, an die er sich gesandt fühlt, seine Sendung nicht an, so bricht sein Anspruch zusammen. Erkennen sie ihn an, so ist er ihr Herr, solange er sich durch ‚Bewährung‘ die Anerkennung zu erhalten weiß.“³

Die Akzeptanz des (Führer-)Charismas seitens der Anhänger findet ihren Widerhall dann, „wenn sie diese wie eine Ikone akzeptieren und sich magnetisch nach ihr richten.“⁴ Enttäuscht der Charismatiker die Gefolgschaft, die Engagement für die „kleinen Sachen des Volkes“ verlangt, so wird sein Führungsanspruch sofort versagen und sein Charisma ist verfliegen. Das Charisma hängt unmittelbar mit seinem Siegerimage zusammen; geht dieses verloren, ist die Existenzberechtigung des Anführers ernsthaft gefährdet. Die Führungspersönlichkeit steht ihrerseits in permanenter Wechselbeziehung zur Basis, diszipliniert und lenkt sie.

Aufstieg und jäher Fall der populistischen Heilsbringer liegen deshalb eng zusammen. Die eigene Partei kann durchaus die Gefolgschaft verweigern, sich über den rigiden Führungsstil mokieren und sich bei Misserfolg emanzipieren. Die Führungspersönlichkeit hat die Funktion, die teilweise widersprüchlichen Positionen seiner Partei zu kaschieren und das Spannungsverhältnis zwischen klarer inhaltlicher Positionierung und

thematischer Beliebigkeit zu überdecken. Sie zentriert das Öffentlichkeitsbild der ganzen Partei auf ihre Person. Einerseits ist diese Fixierung die Chance des um Aufmerksamkeit buhlenden Außenseiters, andererseits gehen damit große (Sicherheits-)Risiken einher.

Das politische Denken der Führungspersonlichkeit changiert zwischen Wunsdenken und Selbstüberschätzung. Eine fortwährende Überblendung von Anspruch und Realität, Schein und Substanz tritt ein. Gerät er selber ins Kreuzfeuer der Kritik, kann das die Handlungsfähigkeit der Partei, die auf ihn angewiesen ist, lähmen. Wenn ihr Anführer durch elektorale Misserfolge nicht mehr unantastbar ist, kommen interne Querelen und Zerwürfnisse der tendenziell instabilen Partei leicht zum Vorschein. Von Putschversuchen und Palastrevolutionen können sich derartige Parteien kaum regenerieren. Sie sind von ihrem Anführer abhängig, das Schicksal der Partei ist mit dem des Parteiführers verbunden.

- 1| *Vgl. immer noch zutreffend Jaschke, Hans-Gerd: Die „Republikaner“. Profile einer Rechtsaußen-Partei. – Bonn: Dietz, 1990. – S. 88-89.*
- 2| *Das Wort „charismatisch“ oder „Charisma“ kommt aus dem Griechischen und heißt übersetzt „Geschenk“, „große Begabung“.*
- 3| *Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie. – 4. Aufl. – Tübingen: Mohr, 1956. – S. 663.*
- 4| *Reinfeldt, Sebastian: Nicht-wir und die-da. Studien zum rechten Populismus. – Wien: Braumüller, 2000. – S. 128. – (Studien zur politischen Wirklichkeit; 8).*

FALLBEISPIEL ÖSTERREICH: HAIDER ALS PROTOTYP MIT ZWILLING¹

Die FPÖ hat eine lange Tradition. Sie wurde 1956 gegründet, zu spät allerdings, um auf die Strukturen der politischen Kultur der Nachkriegszeit, die von einem antifaschistischen Grundkonsens geprägt war, Einfluss nehmen zu können. Von Anfang an war sie im deutsch-nationalen Lager verhaftet, einem Lager, das die österreichische Variante der NSDAP hervorbrachte. Schließlich tolerierte die FPÖ ab 1983 die sozialdemokratische Minderheitsregierung und fand auf europäischer Ebene Aufnahme in die Parteifamilie der Liberalen.² 1986 übernahm der junge, ehrgeizige Jörg Haider³ den Vorsitz der FPÖ und leitete als „echte“ Oppositionspartei im Bund den beispiellosen Aufstieg der „Freiheitlichen“ ein. Schon in seiner Antrittsrede gab er die neue Ausrichtung der FPÖ bekannt: „Wir sind [...] ein verlässlicher Partner für jene, die heute abseits stehen. Wir sind daher auch keine Partei im üblichen Sinne, wir sind eine politische Bewegung, die man besser als eine ständige Bürgerinitiative bezeichnen könnte.“⁴ In Wirklichkeit war die Partei vom autoritären Führungsstil Haiders geprägt.

Bereits in jungen Jahren praktizierte er die „chamäleonhafte Verwandlung“, wie sie seine Biographin Christa Zöchling plastisch beschreibt: „Wie der Jugendfunktionär übers Land fuhr, packte er regelmäßig mehrere Garderobenversionen in seinen Mini und schlüpfte im Straßengraben vor jeder Veranstaltung in das jeweils passende Kostüm: Trach-

tenjanker für die Dorfwirtshäuser, Jeans für die Disko, Anzug und Schlips für das Seminar.“⁵ Der eloquente und charismatische Haider bestimmte mit seinen Auffassungen von Politik zwei Jahrzehnte den Kurs der FPÖ. Mit seinen politischen Ansichten kann er als Prototyp des europäischen Rechtspopulisten gelten:

- *Politik des „Wir“ gegen „die-da-oben“:* In diesem Sinne schreibt Jörg Haider in seinem Buch *Die Freiheit, die ich meine*: „Dafür haben wir [die FPÖ] uns den Vorwurf des Populismus eingehandelt, und das empfinden wir durchaus als ehrenwert. In einer Demokratie muß das Volk gehört und ernst genommen werden! Befehlsausgaben aus dem Elfenbeinturm der herrschenden politischen Klasse, deren Verachtung für das gemeine Volk somit sichtbar wird, haben mit einem System der Freiheit nichts gemein. Gerade staatspolitische Verantwortung müßte es aber gebieten, Sorgen und Ängste des Volkes ernst zu nehmen und durch politisches Handeln mögliche Gefahren und Bedrohungen frühzeitig abzuwehren.“⁶
- *Selbsternannter Anwalt der „schweigenden Mehrheit“:* Jörg Haider illustrierte dieses Anliegen wie folgt: „Die Ursache für den politischen Erfolg unserer Bewegung [liegt darin], daß wir entgegen der veröffentlichten Meinung des medialen und politischen Establishments die öffentliche Meinung breiter Bevölkerungsschichten artikulieren. Die schweigende Mehrheit, die die Last dieses Staates trägt, hat ein Recht, gehört zu werden.“⁷
- *Schüren von Vorurteilen gegen die „politische Klasse“:* „Die Modernisierung des Landes beginnt mit dem Macht- und Privilegienverzicht der herrschenden politischen Kaste [...]. In diesem Sinne haben wir uns als Tabu-Brecher in einer geschlossenen Gesellschaft bemerkbar gemacht.“⁸
- *Emotionale Besetzung des „Ausländerthemas“:* Immer wieder machte Haider das Thema Ausländer zum Mittelpunkt von Parteitaktik und Wahlkampfstrategie, zum Beispiel mit der Aufrechnung „Ausländerzahl versus Arbeitslosenanzahl“ oder mit pauschalisierenden Verweisen auf die Ausländerkriminalität.

- *Schüren von Feindbildern:* So warnte Jörg Haider beständig vor einer multikulturellen Gesellschaft. Haider zufolge integrierten sich die Einwanderer nicht in die gesellschaftlichen und kulturellen Strukturen, welche sie vorfinden. Vielmehr würden die Einwanderer von den Einheimischen erwarten, dass diese den neuen Gebräuchen Tribut zollen.⁹
- *EU als Sündenbock:* In seiner Anti-EU-Rhetorik bezeichnet Haider die europäische Integration als Symbol für ausufernde Bürokratie und als Angriff auf die Souveränität Österreichs: „Die heutige EU kann alles: tief in das tägliche Leben jedes einzelnen eingreifen [...], aber Sicherheiten bietet sie nicht. [...] Die EU beginnt sich massiv in Lebensbereiche einzumischen, wo sie nichts verloren hat. Das ist ein Zeichen für die Entwicklung zu einem Verwaltungsmonster, das von den Bürgern nicht mehr beherrschbar wird. [...] Tonnen von Verordnungen, achtzig Prozent unserer Gesetzgebung wird von Beamten – nicht demokratisch gewählten Vertretern – in Brüssel fabriziert. Auspuffe werden geregelt, die Farben der Straßenmalerei, Traktorsitze europäisch genormt, ebenso der Rasenmäher.“¹⁰
- *Politik des Wohlfahrtschauvinismus:* Die FPÖ gab sich als Anwalt der Arbeiter aus und propagierte einen Ausbau des Wohlfahrtsstaates. So schrieb Jörg Haider: „Der Skandal in unserem System ist: Die Faulen, die Nichtstuer, die Sozialschmarotzer und Tagträumer sind sich der fürsorglichen Hand des Sozialstaates sicher, während der bildungswillige Aufsteiger, für den persönliche Leistung im Vordergrund steht, das Nachsehen hat.“¹¹
- *Anwendung professionalisierter Medienstrategien:* Populistische Parteien mit einem zentralisierten, zudem ganz auf den „Star“ an der Spitze abgestellten Entscheidungsprozess entsprechen den Anforderungen der modernen Mediendemokratie in der Regel besser als traditionelle Parteien mit komplexeren Gremien und Entscheidungsstrukturen. Unter Haider wurde diese Politik perfektioniert; er profitierte selbst von negativer Berichterstattung. Das bestärkt die eigene Klientel in der Annahme, das gesamte Establishment habe sich gegen die populistischen „Newcomer“ verschworen.¹²

Schrittweise schaffte es die FPÖ unter der personalisierten, charismatischen Regie Haiders, zu den „großen“ Volksparteien SPÖ und ÖVP, die in einer immer ungeliebteren Großen Koalition verharrten, aufzuschließen.¹³

Eine Regierungsbeteiligung von 2000 bis 2002 war die Folge des Aufwärtstrends und die FPÖ war am Zenit ihres Erfolges angelangt. Die anderen EU-Mitgliedstaaten erkannten Grundzüge einer extremistischen Partei, weshalb sie zwischen Februar und September 2000 gegen das Land Österreich Sanktionen als Antwort auf die Koalitionseinbindung der FPÖ erließen.¹⁴ Hintergrund dafür waren semantische Entgleisungen Haiders, die ihm, zumal in der Phase des elektoralen Aufstiegs, den Vorwurf einbrachten, ein Rechtsextremist zu sein. Haider schwadronierte von der „ordentlichen Beschäftigungspolitik des Dritten Reiches“ und bezeichnete die nationalsozialistischen Konzentrationslager als „Straflager“. Dennoch stellt der Extremismusforscher Patrick Moreau – bei aller Emotionalität der Thematik – fest: „Aus dem Museum der verbalen Schreckmittel das Wesentliche zu machen, hieße dennoch, den Kern des Haiderschen Denkens zu verfehlen.“¹⁵ Zu flexibel und komplex zugleich war seine Strategie ausgerichtet, um sich in einem extremistischen ideologischen Schema zu verorten.

Jörg Haider ließ sich selbst nicht in die Regierung einbinden. Die Regierungspolitik des Juniorpartners FPÖ gestaltete sich schnell als schwierig, wurde sie doch von den auf einen Oppositionskurs beharrenden Hardlinern um Jörg Haider permanent torpediert. Haider zog sich mit der Regierungsbeteiligung zwar offiziell aus der Bundespartei zurück, legte inoffiziell aber nie die Rolle des mächtigsten Mannes in der Partei ab. Schnell begann der Erosionsprozess der Partei. Idealtypisch zeigt sich hier die Begrenztheit des charismatischen Anführers, der sich durch Egozentrik und Egoismus oftmals selbst im Wege steht. Er hält sich für unersetzlich und versucht, im Falle seines Abstiegs die Partei mit in den Strudel des Niedergangs zu reißen. Der heimliche Parteichef nutzte jede sich bietende Möglichkeit, die Regierung zu brüskieren, beispielsweise durch einen nicht abgesprochenen Besuch beim irakischen Diktator Saddam Hussein im Februar 2002. Dies sorgte auf nationaler und internationaler Ebene für große Empörung. Der Österreicher, der mit guten Beziehungen zum Nahen Osten prahlte, wollte sich als Friedensstifter gerieren.¹⁶

Schließlich kam es im Sommer 2002 zum „Putsch von Knittelfeld“. Haider entledigte sich seiner Regierungsmannschaft nach einem von den FPÖ-Ministern mitgetragenen Beschluss, der vorsah, wegen großer Flutschäden die geplanten Steuersenkungen zu verschieben. Haider konnte kein Umdenken erzwingen und strebte einen Parteitag in Knittel-

feld an, um seinen Willen durchzusetzen. Dort kam es zum Eklat; die FPÖ-Minister traten geschlossen zurück. Nach dem verheerenden Ergebnis seiner Partei bei der von ihr ausgelösten vorgezogenen Nationalratswahl von 2002 (von 26,9 auf 10,0 Prozent) kündigte Haider einmal mehr seine Rückkehr als Parteivorsitzender an, ohne allerdings seinen Worten Taten folgen zu lassen. Mit seiner Bezeichnung als „einfaches Parteimitglied“ und den Worten „Ich bin dann mal weg“ fühlten sich viele Beobachter an ein „Kasperltheater“¹⁷ erinnert. Zwischenzeitlich schickte der Kärntner sogar seine Schwester Ursula Haubner vor, nachdem die FPÖ einen Vorsitzenden nach dem anderen verschliss. Haider selbst sprach von der Last der Aufgabe und seiner Opferrolle als „Sisyphos“. Seine eigentliche Verantwortung am elektoralen Niedergang der Partei verschwieg er geflissentlich.¹⁸

Im Zuge eines erneuten Wahldesasters – ein Absturz der FPÖ auf 3,3 Prozent bei den niederösterreichischen Gemeinderatswahlen vom 6. März 2005 – schlug Haider die Neujustierung der FPÖ als „lässige, flotte und junge Partei“ vor, die er „im Notfall“ wieder übernehmen würde. Innerparteilich formierte sich Gegenwind. Haider sah sich nach den vergangenen Niederlagen durch einen neuen Rivalen herausgefordert. Auf dem Parteitag 2005 zeichnete sich eine Kampfkandidatur gegen den jungen Wiener FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache¹⁹ ab. Strache galt lange Zeit als Haiders Ziehsohn, in seiner eloquenten und draufgängerischen Art als der „Junge Haider“, eine Art „Kopie“. Das Original wiederum entschied sich dafür, eine neue Partei mit dem Namen Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) ins Leben zu rufen. Strache wiederum wurde FPÖ-Vorsitzender.

Obwohl ein beträchtlicher, allerdings nicht der überwiegende Teil zum BZÖ überlief, reüssierte Strache schon bei der Wiener Gemeindefratswahl vom 23. Oktober 2005. Die FPÖ konnte sich entgegen der schlechten Umfragewerte in den Monaten zuvor mit 14,8 Prozent der Stimmen behaupten und hielt den Verlust gegenüber 2001 mit 5,3 Prozentpunkten in Grenzen. Verantwortlich für den Erfolg war offenkundig die aggressive Wahlkampagne „Wien darf nicht Istanbul werden!“. Den antiislamischen Kurs setzte die Strache-FPÖ bei der Nationalratswahl 2006 mit Losungen wie „Daham statt Islam!“ fort.²⁰ Die Wahlkampagne stellte mit den Plakaten „Wohlstand statt Einwanderung“ oder „Sozialstaat statt Zuwanderung“ die Themen „Ausländer“ und „Kriminalität“ kontradiktorisch in den Mittelpunkt, mit einem starkem Fokus auf Protest. Im Hintergrund stand

die Anknüpfung an den Wohlfahrtschauvinismus, der in der Parole „Soziale Leistung nur für die eigene Bevölkerung“ zum Ausdruck kam – die Erfolgsformel Haider in den 1990er Jahren. Die FPÖ betrachtet die EU als Gefährdung der eigenen Nation. Ihr Leitbild ist ein „Europa der Vaterländer“. Damit bejaht sie grundsätzlich die Europäische Integration, da sie in ihr einen Schutzwall gegen den Islam sieht. Früher war die FPÖ weitaus euroskeptischer ausgerichtet. Jörg Haider initiierte 1999 ein Referendum gegen den EU-Beitritt Österreichs.

Das Totenglöckchen, das der FPÖ geläutet wurde,²¹ erwies sich indes als verfrüht und zeigte ihre strukturelle Verankerung im politischen System Österreichs. Die neue Haider-Partei, das 2005 als FPÖ-Abspaltung gegründete BZÖ, kam bei der Nationalratswahl von 2006 nur durch den „Haider-Faktor Kärnten“, wo dieser nach wie vor durch das Amt des Landeshauptmannes populär blieb, mit 4,1 Prozent knapp in das nationale Parlament. Das BZÖ konnte auch in der Folgezeit außerhalb Kärntens keinerlei Erfolge verbuchen. Völlig überraschend kündigte Haider im August 2008 an, als Spitzenkandidat des BZÖ in den Nationalratswahlkampf zu ziehen. Der Wahlkampf des BZÖ war ganz auf seine Person abgestellt. Auf dem Wahlzettel stand „BZÖ – Liste Jörg Haider“. Zupass kam ihm die günstige Ausgangssituation mit dem Scheitern der Großen Koalition. Mit dem Motto „Steige wieder in den Ring“²² nahm er seine alte Rolle als „Kämpfer“ gegen die großkoalitionäre rot-schwarze Regierung auf. Das BZÖ blieb zwar hinter der FPÖ zurück, konnte aber ein zweistelliges Ergebnis (10,7 Prozent) erzielen. Haider griff zu einer bewusst ambivalenten Strategie. Einerseits gab er sich, auf seine Funktion als Kärntner Landeshauptmann verweisend, in den öffentlichen Diskussionen und TV-Duellen mit den anderen Spitzenkandidaten betont staatsmännisch, andererseits zielte er bewusst auf dumpfe Ressentiments, vor allem in Richtung Asylbewerber. In den TV-Duellen mit den anderen Partei-spitzenkandidaten konnte er durchweg mit der alten Schlagfertigkeit und Rhetorik punkten, wie unabhängige Beobachter konzedieren mussten. Nach wie vor hantierte er mit einer Politik der Exklusion: „Wenn ein Asylant auf frischer Tat ertappt wird oder sogar ein Geständnis ablegt – warum soll man dann noch ein Verfahren abwarten? Wer straffällig geworden ist, hat das Land zu verlassen. Sonst müsste man sagen, dass jeder Asylbewerber in Österreich eine elektronische Fußfessel tragen muss, damit man jederzeit weiß, wo er ist, und er nicht untertauchen kann, wie das derzeit zigtausendfach passiert.“ Auf die Gegenfrage „Ist das jetzt ein ernst gemeinter Vorschlag? Jeder Asylbewerber soll eine

elektronische Fußfessel bekommen?“ antwortete er: „Zumindest jeder kriminelle. Ich könnte es mir aber auch bei jedem Asylbewerber vorstellen. Wo liegt das Problem?“²³

In der Nacht zum 11. Oktober 2008, mitten in den auch von ihm flankierten Debatten um die Regierungsbildung, verunglückte Jörg Haider bei einer Autofahrt tödlich. Auffällig in den offiziellen Stellungnahmen zu seinem Tod war, dass ihm selbst seine einstigen politischen Gegner bis hin zum Noch-Kanzler der sozialdemokratischen SPÖ, Alfred Gusenbauer, ein außergewöhnliches Talent bescheinigten. Konsens bestand darin, dass Haider die österreichische Politik der letzten zwei Jahrzehnte wie kein zweiter geprägt hat. Rund 25.000 Leute nahmen an den Trauerfeierlichkeiten teil – ein Staatsbegräbnis mit beinahe religiöser Verehrung.²⁴ Vom Haider-Kult profitierte das BZÖ bei den Landtagswahlen im März 2009. Mit 45,8 Prozent in Kärnten übertraf die Partei Haider's Rekordergebnis von 2004 um drei Prozentpunkte, während die FPÖ mit 3,8 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte.²⁵

Jörg Haider prägte als ihr Exponent mit einer „Politik der Ressentiments“ über zwei Jahrzehnte die Politik des Alpenlandes. Damit richtete er die FPÖ typologisch zu einer rechtspopulistischen Partei aus, die sie bis heute ist. Gleichwohl brachte Haider kaum „Schatten über Europa“, wie es zahlreiche Publizisten und wissenschaftliche Publikationen verlautbaren ließen.²⁶ Die FPÖ, die in ihren Reihen rechtsextremistische Kräfte duldet, wird weiterhin einen festen Platz im Parteiensystem haben. Das zeigt die von vielen Beobachtern kaum mehr für möglich gehaltene Wiederkehr der FPÖ unter Heinz-Christian Strache, die in Stil und Inhalt große Ähnlichkeiten zur Haider-FPÖ der 1990er Jahre aufweist.

- 1] Vgl. zu diesem Kapitel Hartleb, Florian: *Extremismus in Österreich*. In: Jesse, Eckhard / Thieme, Tom (Hrsg.): *Extremismus in den EU-Staaten*. – Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2011. – S. 265-281.
- 2] Vgl. zu diesem Absatz und der Einordnung der FPÖ auch als Traditionspartei Pelinka, Anton: *Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung. Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs*. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 31 (2002) 3, S. 281-290, hier S. 286-289.
- 3] Jörg Haider, geb. 1950, entstammte einem nationalsozialistisch geprägten Elternhaus. Er selbst erwies sich schnell als hochbegabt, gewann schon als Schüler Redewettbewerbe und promovierte 1973 in Jura. 1979 zog er als damals jüngster Abgeordneter für die FPÖ in den österreichischen Nationalrat ein.

- 4| Haider, Jörg: Antrittsrede des neugewählten Bundesparteiobmanns Dr. Jörg Haider auf dem ordentlichen Bundesparteitag 1986 in Innsbruck. Herausgegeben vom Freiheitlichen Bildungswerk. – Wien: Politische Akademie der FPÖ, 1986. – S. 4.
- 5| Zöchling, Christa: Haider. Licht und Schatten einer Karriere. – Wien: Molden, 2000. – S. 98.
- 6| Haider, Jörg: Die Freiheit, die ich meine. – Frankfurt am Main; Berlin: Ullstein, 1994. – S. 57.
- 7| Ebd., S. 53.
- 8| Haider, Jörg: Befreite Zukunft jenseits von links und rechts. Menschliche Alternativen für eine Brücke ins neue Jahrtausend. – Wien: Ibero und Molden, 1997. – S. 11.
- 9| Vgl. Haider, Jörg: Die Freiheit, die ich meine. – Frankfurt am Main; Berlin: Ullstein, 1994. – S. 86-106.
- 10| Ebd., S. 206-207.
- 11| Ebd., S. 181.
- 12| Vgl. Macho, Thomas: Politische Avatare. Jörg Haider und die Mediendemokratie. In: Hauch, Gabriella / Hellmuth, Thomas / Pasteur, Paul (Hrsg.): Populismus. Ideologie und Praxis in Frankreich und Österreich. – Innsbruck u.a.: Studien-Verlag, 2002. – S. 165-170. – (Studien zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte; 12).
- 13| Daran änderten ständig wiederkehrende personelle Turbulenzen wenig. Eine liberale, aus Protest gegen das ausländerfeindliche „Österreich-zuerst“-Volksbegehren der FPÖ entstandene Abspaltung, das 1993 gegründete Liberale Forum, konnte den Erfolg der FPÖ nicht gefährden.
- 14| Der Weisen-Bericht beschrieb die FPÖ als „rechtspopulistische Partei mit extremistischer Ausdrucksweise“. Vgl. dazu Kopeinig, Margaretha / Kotanko, Christoph: Eine europäische Affäre. Der Weisen-Bericht und die Sanktionen gegen Österreich. – Wien: Czernin, 2000.
- 15| Moreau, Patrick: „Österreich ist kein Volk von Nazis!“ – Organisation, Programmatik und Wählerschaft der FPÖ. In: Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 12 (2000), S. 73-92, hier S. 92.
- 16| In seinem Buch „Zu Gast bei Saddam. Im ‚Reich des Bösen‘“ griff der früher amerikafreundliche Haider die US-Außenpolitik scharf an. Haider beteuerte zwar, er „habe keineswegs die Absicht, ein Buch zur Förderung des Anti-Amerikanismus zu schreiben“, doch die Aussagen sprechen eindeutig dagegen: „Egal ob in Afghanistan oder im Irak: Amerika greift [...] in der Umsetzung reiner ökonomischer Gier brutal auf die vorhandenen Energievorräte und will dadurch die totale Kontrolle über den Rohstoff Erdöl und Erdgas erzwingen.“ Ferner habe „die gigantische Desinformationsmaschinerie der USA in der Vergangenheit nichts ausgelassen [...], um Saddam Hussein als zweiten Hitler zu positionieren.“ Zitate aus Haider, Jörg: Zu Gast bei Saddam. Im „Reich des Bösen“. – Wien: Ibero, 2003.
- 17| So Ritterband, Charles E.: Kärntner Chamäleon. Jörg Haiders Auf- und Abstieg in Österreich. In: Internationale Politik, 58 (2003) 4, S. 23-28, hier S. 28.
- 18| Vgl. Heinisch, Reinhard: Success in Opposition – Failure in Government: Explaining the Performance of Right-Wing Populist Parties in Public Office. In: West European Politics, 26 (2003) 3, S. 91-130.
- 19| Strache, geboren 1969, gelernter Zahntechniker und „alter Herr“ einer schlagenden Schülerverbindung, begann seine Laufbahn in der Wiener Stadtpolitik.
- 20| Strache lehnt auch den EU-Beitritt der Türkei vehement ab und sieht keine Berechtigung des Islams „in unserem christlich-europäisch geprägten Abendland“. Vgl. auch FPÖ: Wir und der Islam. Freiheitliche Positionen zur Religionsfreiheit, zur islamischen Welt und zur Problematik des Zuwanderungs-Islam in Europa. – Wien: FPÖ, 2008.

- 21| Vgl. u.a. Moreau, Patrick: Autriche. Grandeur et décadence du FPÖ. In: Blaise, Pierre / Moreau, Patrick (Hrsg.): Extrême Droite et National-Populisme en Europe de l'ouest. Analyse par pays et approches transversales. – Bruxelles: CRISP, 2004. – S. 59-125.
- 22| So Haider, Jörg: „Steige wieder in den Ring“ (Interview). In: News vom 14.08.2008, S. 25.
- 23| Haider, Jörg: „Da bin ich gerne prinzipienlos“ (Interview). In: Profil vom 25.08.2008, S. 22-24, hier S. 23.
- 24| Die kultartige Verehrung Haiders vor allem in Kärnten zeigt sich auch an einer neuen „Jörg-Haider-Brücke“ und einem geplanten Jörg-Haider-Park.
- 25| Olt, Reinhard: Mehr als ein letzter Sieg. Das BZÖ gewinnt auch ohne Haider. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 03.03.2009, S. 6.
- 26| Vgl. aus journalistischer Feder Scharsach, Hans-Henning / Kuch, Kurt: Haider. Schatten über Europa. – Köln: Kiepenheuer & Witsch, 2000.

WIRKUNGEN: ERSCHÜTTERUNG DER DEMOKRATIE?

Das Entfachen des populistischen Feuers setzt dem politischen Gleichklang der etablierten Parteien ein Ende: „Populisten mögen [...] nicht selten über das Ziel hinauschießen, sie mögen auch [...] in vielen Punkten fragwürdige Positionen vertreten, dennoch kann ihnen eine kritische und aufklärende Funktion für das politische System zukommen, indem sie es zur inhaltlichen Reaktion und Auseinandersetzung, nicht selten auch zur Selbstkorrektur zwingen“.¹ Das kann dazu führen, dass sich der politische Diskurs mitsamt den tradierten Gepflogenheiten verändern kann, sei es schleichend oder abrupt. So könnte der Populismus für die gesamte Parteiendemokratie mit ihren negativen Begleiterscheinungen, wie dem Klientelismus, einen gewissen „Reinigungseffekt“ zur Folge haben. Damit erschüttert der Populismus nicht, wie viele andere Autoren behaupten, die Demokratie selbst, sondern balanciert auf dem Grat zwischen Erneuerung und Gefährdung derselben. Das bedeutet, dass die Probleme, für die er Aufmerksamkeit fordert – ob man nun konkrete politische Forderungen rechtspopulistischer Gruppierungen oder ihre Kritik an der bestehenden Parteiendemokratie betrachtet –, ernst genommen werden müssen. Eine inhaltlich-politische Auseinandersetzung seitens der Volksparteien ist daher von zentraler Bedeutung.

Die Populisten zeigen sich insgesamt elektoral gefestigt und legen in der Wählergunst mancherorts sogar noch zu, wobei es Schwankungen gibt. Neue Herausforderer wie 2010 in Schweden treten auf den Plan. Für die gemäßigte Rechte bedeutet das, dass sie die lästige Konkurrenz in ihre Bündnisüberlegungen mit einbeziehen muss, wenn sie ihre Mehrheitsfähigkeit gegenüber der Linken nicht einbüßen will. Die Rechtspopulisten wurden auf diese Weise zu Beginn des Jahrzehnts „salonfähig“ gemacht und konnten so in einer Reihe von Ländern direkt (Österreich, Niederlande) oder indirekt (Dänemark, Norwegen) an der Regierung beteiligt werden bzw. diese ganz übernehmen (Italien). In Italien, einem Sonderfall, scheint dem Dreierbündnis aus *Forza Italia*, *Alleanza Nazionale*² und *Lega Nord* die Gratwanderung von antiinstitutionalistischer Gesinnung und verantwortlicher Regierungspolitik gelungen zu sein. Die tieferen Ursachen liegen hier im Zusammenbruch des italienischen Parteiensystems in den 1990er Jahren. Sieht man von den genannten Fällen einmal ab, verharren die Rechtspopulisten in der Herausfordererrolle.³ Eine „Machtübernahme“ von rechtspopulistischen Parteien ist daher nicht zu erwarten.⁴

Lässt sich nun eine Trennlinie zwischen Populismus und Nicht-Populismus ziehen? Genuin populistische Parteien und Politiker neigen zu Tabubrüchen, die den politischen Diskurs verändern können. Sie stellen somit starke politische Herausforderer dar; ein Umstand, der die populistischen Herausforderer in die Rolle von Agenda-Settern bringt. Thematischen Einfluss entfalten die Rechtspopulisten im kulturellen Bereich, insbesondere in der Migrationspolitik. Die kulturellen Fragen werden mit Wertekonflikten überhöht. Daneben ergeben sich hier politische Profilierungsmöglichkeiten, die Wirtschafts- und Sozialfragen nicht mehr bieten. Auch die grundlegenden gesellschaftlichen Fragen in Hinblick auf Abtreibung und Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften scheinen zumindest in Westeuropa gelöst.

Der große Wertekonflikt ergibt sich aber mit einem zum „clash of civilizations“ stilisierten wie simplifizierten Kulturkampf, der mit der Ablehnung von Migranten einhergeht. So firmiert der Islam nach dem 11. September 2001 als eine globale Bedrohung und wird dergestalt besonders in den Niederlanden und in Österreich im politischen Diskurs artikuliert. Die etablierten Parteien sehen sich dadurch unter Druck gesetzt und reagieren oft mit der Verschärfung der Immigrationspolitik. Blickt man auf die Regierungsperformanz der populistischen Herausforderer, fällt die

Wirkung eher bescheiden aus. Gerade als Juniorpartner müssen sich die populistischen Parteien in der Regel auf einen moderaten Kurs verpflichten. Leichter fällt es ihnen, in der Opposition zu agieren oder als Unterstützer einer Minderheitsregierung, wie zum Beispiel in Skandinavien, Distanz zur Regierungspolitik des Establishments walten zu lassen. In den Niederlanden hat Geert Wilders eine ähnlich komfortable Position: Er hat sich durch ein „Duldungsabkommen“ mit den Regierungsparteien großen Einfluss gesichert, trägt aber keine direkte Verantwortung, weil er die Minderheitsregierung nur „duldet“. So hat er jederzeit die „Exit-Option“, sich von der Regierung zu distanzieren und diese zu Fall zu bringen.

Sicherlich kommen demokratische Parteien in der Mediendemokratie ohne gezielten Elektoratspopulismus gar nicht aus. Die Frage nach der Grenze zwischen demokratischer und demagogischer Mobilisierung wird immer umstritten bleiben. Gefährlich wird Populismus aber in diesem Kontext, wenn er direkte Demokratie undifferenziert als Allheilmittel propagiert. Damit kann es leicht und unbemerkt zu einer Missachtung oder Unterdrückung abweichender Meinungen kommen. So preisen populistische Bewegungen aller Couleurs die Schweiz als Vorbild direkter Demokratie an. Unter diesen Bedingungen mündet das zunächst naiv-progressiv, emanzipatorisch und demokratisch anmutende populistische Postulat in gefährliche Stimmungsmache – auch in der Schweiz selbst. So trug die Schweizerische Volkspartei (SVP) im November 2009 entscheidend dazu bei, den Bau von Minaretten per Verfassung zu verbieten zu lassen.

- 1] Hennecke, Hans-Jörg: *Das Salz in den Wunden der Konkordanz*. In: Werz, Nikolaus (Hrsg.): *Populismus. Populisten in Übersee und Europa*. – Opladen: Leske und Budrich, 2003. – S. 145-162, hier S. 161-162.
- 2] *Forza Italia und Alleanza Nazionale fusionierten 2009 unter der Führung Silvio Berlusconi zur Partei Popolo della Libertà („Volk der Freiheit“)*.
- 3] Vgl. Decker, Frank: *Demokratischer Populismus und/oder populistische Demokratie? Anmerkungen zu einem schwierigen Verhältnis*. In: Wielenga, Friso / Hartleb, Florian (Hrsg.): *Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich*. – Münster u.a.: Waxmann, 2011. – S. 39-54, hier S. 44.
- 4] Vgl. Bauer, Werner T.: *Willkommen in der Normalität? Anmerkungen zum Wahlerfolg der rechten Schwedendemokraten*. – Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2010. – S. 5. – <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07502.pdf> [30.03.2011].

DEUTSCHLAND¹

ANGEBOTSSCHWÄCHE TROTZ VIELFALT UND IHRE URSACHEN

Trotz der Schwäche der Volksparteien und der Entstehung eines strukturellen Fünfparteiensystems, das Regierungsbildungen schwieriger macht, blieb der deutsche Rechtspopulismus in der Regel nur eine Nebenströmung. Rechtspopulistische Parteien konnten in Deutschland bislang bundesweit kaum Erfolge verbuchen und zu keiner Zeit in den Deutschen Bundestag einziehen. Bislang haben sie noch keine kohärente Mobilisierungsstrategie entwickelt, die theoretisch zwischen der CDU und den klar rechtsextremistischen Parteien NPD und DVU liegen müsste. Für einen kurzen Höhenflug sorgte im Stadtstaat Hamburg die auf das *law-and-order*-Thema ausgelegte Schill-Partei. Nachdem sie 19,4 Prozent bei der Bürgerschaftswahl 2001 erreicht hatte, verschwand die Partei, die als Regierungspartner völlig überfordert war, schnell wieder von der Bildfläche. Der Wahlerfolg hing im Wesentlichen von drei Faktoren ab: Erstens gab es in der Hansestadt durch das Kriminalitätsthema, das die Ängste der Bürger tangierte, eine politische Gelegenheitsstruktur. Zweitens wurde der Amtsrichter und Parteigründer Ronald B. Schill vom bürgerlichen Lager akzeptiert und war durch den griffigen Beinamen „Richter Gnadenlos“ auch medienkompatibel. Und drittens gelang es Schill, mit seiner von ihm propagierten Politik der „Zero Tolerance“ auch Nähe zum Volk herzustellen.²

In Deutschland hat sich bislang also noch keine rechtspopulistische Kraft auf bundespolitischer Ebene etablieren können. Im europäischen Vergleich kommt Deutschland somit eine abweichende Rolle zu, da der parteiförmig organisierte Rechtspopulismus noch unausgereift scheint. Seit dem kurzen Höhenflug der Schill-Partei im September 2001 sind im Unterschied zu vielen west- und auch osteuropäischen Nachbarländern nun fast zehn Jahre ohne ein Aufkeimen des parteiförmig organisierten Populismus verstrichen.

Wie ist dieser Umstand zu erklären? Gibt es in der Bundesrepublik keine Tendenzen, die den Populismus begünstigen? Zieht man vergleichende empirische Analysen zur Fremdenfeindlichkeit zu Rate, stößt man in Deutschland auf keine entwarnenden Befunde. Eine den Rechtspopulismus begünstigende Xenophobie findet sich auch hier. Die Integration der ostdeutschen Teilgesellschaft beispielsweise brachte zahlreiche Modernisierungsverlierer hervor, die Aversionen gegen das Fremde hegen. Fremdenfeindliche Positionen werden aber auch dort nicht öffentlich artikuliert, sondern kommen – wie in Sachsen oder Mecklenburg-Vorpommern – einer Partei wie der NPD zugute, die eindeutig aggressiv-rechtsextremistisch auftritt und sich von den rechtspopulistischen Parteien Westeuropas deutlich abhebt. Auch die Partei Die Linke absorbiert, wie früher die PDS, manche Proteststimmen von Frustrierten oder subjektiven Einheitsverlierern. Das Wählerpotential der Rechtspopulisten wird demnach von anderen Parteien aufgesogen.

Darüber hinaus spielt sicherlich auch die spezifische politische Kultur Deutschlands eine entscheidende Rolle. Die „Schatten der Vergangenheit“ wirken noch immer nach. Weil der Populismus hierzulande in einem historisch vorbelasteten Umfeld agieren muss, entwickeln die Medien ihm gegenüber Berührungängste, die einen unbefangenen Umgang verbieten und die die Rechtsparteien der ständigen Gefahr aussetzen, in die Nähe des Nationalsozialismus gerückt zu werden.³ Auch gemäßigte Vertreter werden genau unter die Lupe genommen. Dies gilt auch für die aktuellen Entwicklungen des Rechtspopulismus im europäischen Raum, wie beispielsweise in den Niederlanden, die von den deutschen Medien sehr genau registriert werden.

Ein Geert Wilders hätte in Deutschland ohnehin Probleme, sich zu etablieren. Nachdem ein Berliner CDU-Fraktionsmitglied, René Stadtkewitz, im Oktober 2010 den Niederländer unter zunächst strenger Geheimhal-

tung über den genauen Ort und der Wahrung von Sicherheitsauflagen eingeladen hatte, wurden umgehend öffentliche Proteste laut und es wurden Schritte zum Fraktionsausschluss eingeleitet. Die Folge war, dass Stadtkewitz die Gründung einer neuen Partei bekanntgab, die ohne breitere Mitinitiatoren allerdings keine großen Erfolgsaussichten hat. Auch andere Herausfordererparteien konnten bislang kein überzeugendes Angebot präsentieren, obgleich Gelegenheitsstrukturen durch die Schwäche der Volksparteien vorhanden wären.⁴ Zudem werden einschlägige Gruppierungen schnell unterwandert, da sich Trittbrettfahrer neue Legitimität oder Popularität erhoffen. Selbst die gemäßigte populistische Hamburger STATT-Partei, die quasi mit der SPD koalierte, wurde bei ihrer Bundesausdehnung schnell von rechtsextremen Kräften unterwandert. Zuletzt, vor der Bundestagswahl 2009, wurde die erfolglose Freie Union um die einstige CSU-Rebellin („Gesicht von Edmund Stoibers Sturz“⁵) und Landtagsabgeordnete der Freien Wähler (FW) Gabriele Pauli von Trittbrettfahrern aus dem Rechtsaußen-Spektrum unterwandert. Ähnliches widerfuhr der Schill-Partei trotz ihrer starken Abgrenzungsbemühungen gegenüber dem rechtsextremen Spektrum. Parteipolitisch kennzeichnend für das nationalkonservative, rechtspopulistische und rechtsradikale Lager ist jedoch bislang seine organisatorische Zersplitterung.

Auch untereinander herrscht Misstrauen durch personelle Querelen; programmatisch-strategische Differenzen und fehlende elektorale Perspektiven dominieren. Während es in anderen Ländern gelungen ist, verschiedene Stränge des politischen Protests zu einer gemeinsamen Organisation zusammenzuführen, verlaufen diese Stränge in der Bundesrepublik in Gestalt mehrerer Parteien nebeneinander, die sich ihre Stimmen gegenseitig wegnehmen. Historisch und aktuell lässt sich eine Vielzahl solcher Gruppierungen jenseits der rechtsextremistischen Parteien NPD und DVU ausmachen: „Bürger in Wut“, „Pro Köln“, „Republikaner“, „Bremen muss leben“ um Joachim Siegerist, „Bündnis Arbeit, Familie und Vaterland“ um den einstigen sächsischen CDU-Landtagsabgeordneten Henry Nitzsche, früher der „Bund Freier Bürger“ und nun die Parteigründung des Berliner Wilders-Sympathisanten René Stadtkewitz. Insbesondere die beiden norddeutschen Stadtstaaten erwiesen sich als Nährboden für neue Parteigründungen. Selbst nach Achtungserfolgen (STATT-Partei, Schill-Partei) führte die geplante bundesweite Ausdehnung aber zur Zerreißprobe und schließlich zum Ende aller Ambitionen.

Die großen Volksparteien konnten stets auf eine ökonomische Stabilität der „alten“ Bundesrepublik verweisen und mit schichtenübergreifender Integrationsfähigkeit punkten. Die Volksparteien galten bis vor Kurzem als Garanten wirtschaftlicher Erfolge und sozialstaatlicher Absicherung. CDU und CSU wiesen bislang jede Konkurrenz von „Rechtsaußen“ schnell in die Schranken. Im Zuge der im September 2010 aufgekommenen Diskussion um ein fehlendes konservatives Profil der CDU und die theoretischen Chancen einer neuen Partei machte Angela Merkel in ihrer Funktion als Parteivorsitzende einmal mehr ihre Bestrebung deutlich, die Entstehung einer Partei „rechts der Union“ verhindern zu wollen. Sie sieht sich dabei in der Tradition des ehemaligen CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß. Dieser habe es immer als seine Aufgabe betrachtet, die Entstehung einer Partei rechts der Union, „die einen radikalen Charakter trage“, zu verhindern.⁶

Organisatorisch erweist sich die Gründung von neuen Parteien in Deutschland als schwierig. Parteigründungen sehen sich mit einem hohen bürokratischen Aufwand und Wettbewerbsnachteilen konfrontiert. So erfolgt unter anderem die Wahlzulassung durch den mit Vertretern etablierter Parteien besetzten Bundeswahlausschuss.⁷

Als weitere Schwierigkeit kann auch die föderale Struktur identifiziert werden, die es den Rechtspopulisten erlaubt, „Dampf abzulassen“, ohne dass dies die Bundesebene erreicht. Zwar wird beispielsweise über Protestbewegungen gegen Moscheebauprojekte in Berlin, Köln oder München überregional berichtet, jedoch gelingt es den rechtspopulistischen Bewegungen damit noch lange nicht, sich zu einem Bündnis mit bundesweiter Schlagkraft zu entwickeln.⁸ Auch die formalen Zuständigkeiten und Aufgabenverteilungen zwischen Bund und Ländern bremsen den Rechtspopulismus auf Bundesebene aus. So berührt die Integrations-thematik den Bildungsbereich, der in Deutschland in der Zuständigkeit der Länder liegt.⁹

NEUE GELEGENHEITSSTRUKTUREN

Lange Zeit gelang es den Parteien, der Bevölkerung vorzuspiegeln, im Hinblick auf Reformen handlungsfähig zu sein. Erst die im Herbst 2008 einsetzende globale Finanzkrise offenbarte die Handlungszwänge der Politik aufgrund von Haushaltsdefiziten, einer Rekordverschuldung und starken Mehrbelastung. Der Allmachtsanspruch von Politik suggeriert schnelle Lösungen trotz der beschränkten Einflussmöglichkeiten auf

Wirtschaftsprozesse. Der Problemkontext dieser Finanzkrise lässt sich vor dem Hintergrund betrachten, dass es im internationalen Finanzsystem keine oder nur sehr eingeschränkt wirkende Steuerungsinstanzen gibt. Trotz engerer finanzieller Verknüpfungen zwischen den Nationalstaaten und einer dadurch bedingten Krisenübertragung existiert keine globale Krisenprävention im Bereich der Finanzmärkte. Die Industriestaaten sehen sich mit der Frage konfrontiert, ob ihre geballten Kapazitäten noch ausreichen, um die temporären Exzesse des von ihnen geschaffenen Phänomens freier Kapitalflüsse einigermaßen kontrollieren zu können.¹⁰ Auf europäischer Ebene wird beispielsweise die von Angela Merkel ins Spiel gebrachte EU-Wirtschaftsregierung diskutiert.

Alle etablierten Parteien forderten nun plötzlich Modelle zur Besteuerung von Finanztransaktionen und machten Banken und „globale Finanzkasineros“ als Sündenböcke aus. Die „Gier“ der Bankmanager und Finanzinvestoren sowie die „ungezügelter Märkte“ wurden parteiübergreifend, fast konsensual von der CDU bis zur Linken für die schärfste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg verantwortlich gemacht. Schon im Bundestagswahlkampf 2005 hatte der damalige SPD-Parteivorsitzende Franz Müntefering von „Heuschrecken“ gesprochen, die über deutsche Unternehmen herfallen würden. Er zielte mit seinen Äußerungen auf internationale Finanzinvestoren ab, die auf der Suche nach dem schnellen Geld auch den deutschen Mittelstand entdeckten. Finanzinvestoren und Banker eignen sich insofern als Sündenböcke, als dass sie der populistischen Pauschallogik des „wir“ gegen „die-da-oben“ entsprechen. Darüber hinaus findet der Populismus zahlreiche Anknüpfungspunkte an realen Missständen im globalkapitalistischen Zeitalter. Die Turbulenzen, die nach der spektakulären Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers 2008 weltweit die Märkte erschütterten, sind kein Beleg, aber zumindest ein Indikator für ein Systemversagen. Bei den verschiedenen Versuchen, die Kapitalmärkte zu stabilisieren, wurde schließlich die Trennlinie zwischen privaten und staatlichen Aufgaben verwischt – ein klarer Verstoß gegen die Prinzipien der Ordnungspolitik. Auch weitere reale Herausforderungen beflügeln die Populisten, so zum Beispiel das gesamtgesellschaftliche Problem des Auseinandergehens der Schere zwischen Arm und Reich. Begriffe wie Neue Armut, Unterschicht oder abgehängtes Prekariat werden immer wieder diskutiert und Politiker und andere Vertreter der Öffentlichkeit überlegen, wie man Arbeitslosen, Hartz-IV-Empfängern und „bildungsfernen Schichten“ mehr Chancen bieten kann. Doch es geht nicht nur um Chancen, sondern auch um Ressentiments.

Ressentiments finden sich vor allem in der lange versäumten Integrationsdebatte. Eines der erfolgreichsten politischen Sachbücher seit 1945 – mit einer Auflage von mehr als einer Million Exemplaren und monatelang auf Platz Eins der Bestsellerlisten – beinhaltet provokante Thesen rund um die Integrationspolitik. Deutschland würde sich demnach durch eine Kombination aus Geburtenrückgang, wachsender Unterschicht und Zuwanderung aus überwiegend muslimischen Ländern zunehmend selbst gefährden. Das in den Räumlichkeiten der Berliner Bundespressekonferenz prominent vorgestellte Buch trägt die Handschrift des früheren Berliner SPD-Finanzsenators Thilo Sarrazin, der durch ein breites öffentliches Echo eine bislang in Deutschland kaum bekannte Integrationsdebatte fast nach niederländischem Vorbild forcierte. Das politische wie gesellschaftliche Establishment fühlte sich umgehend derart herausgefordert, dass sogar Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundespräsident Christian Wulff Unmut und Distanz bekundeten. Auch die SPD reagierte sofort. Sie tat sich aber aufgrund der offenen Unterstützung der Thesen Sarrazins durch die Parteibasis schwer und leitete schließlich ein Parteiausschlussverfahren ein. Ein Vertreter des politischen Establishments ist in Deutschland nach einem Tabubruch schnell mit harschen Protesten konfrontiert.

Sarrazin, vom Habitus her eine sich elitär gebärdende, klassisch-humanistisch gebildete Figur mit glänzender Ministerialkarriere, machte in seinem Buch sogleich auf zwei von ihm so genannte Tabus aufmerksam. Er hob die Debatte um soziale Belastungen durch Migranten aus nicht-westlichen Kulturen sowie – im gleichen Zungenschlag – die familiäre Determiniertheit von Bildung hervor.¹¹ Die populistische Logik Sarrazins funktioniert mit dem Mittel des gezielten Tabubruchs, kombiniert mit einem exklusiv-diffamierenden Moment. Sarrazin macht sich aber gerade nicht, wie er es nach klassisch populistischer Diktion müsste, zum Sprecher des Durchschnittsbürgers, des „kleinen Mannes“: Er argumentiert, dass Menschen, die vorwiegend körperliche Arbeit verrichten, gar nicht für geistige oder verwaltende Tätigkeiten geeignet seien.¹² Schon 2009 machte er mit despektierlichen Äußerungen gegen Hartz-IV-Empfänger von sich reden.

Im Interview mit der *Welt am Sonntag* antwortete er auf die allgemeine Frage, ob es eine „genetische Identität“ gebe: „Alle Juden teilen ein bestimmtes Gen, Basken haben bestimmte Gene, die sie von anderen unterscheiden.“¹³ Später bezeichnete er seine Behauptung im Rahmen

eines zu autorisierenden schriftlichen Interviews selbst als „Riesenunfug“, was ebenfalls medial transportiert wurde. Dieses Beispiel zeigt, dass mit einer Provokation gleich zweimal der Sprung in die Medien gelingen kann, zum einen über deren Berichterstattung, zum anderen über deren Dementi. Die mediale Reaktion ist auf jeden Fall Bestandteil einer erfolgreich durchgeführten und abgeschlossenen Provokation. Sie spricht die affektiv-motivationale Ebene an, indem Bedrohungsängste oder einfach die Skepsis gegenüber unbekanntem Lebensstilen, Werten und kulturellen Erscheinungsformen zum Ausdruck kommen, die auch für den Nichtleser leicht nachvollziehbar sind. So ist es nicht verwunderlich, dass offenbar die Wähler aller Parteien den Thesen Sarrazins mehrheitlich zustimmen. Wiewohl sich Sarrazin durch seine genetisch-selektive Argumentation dem Beifall von „Rechtsaußen“ gewiss sein kann, helfen ihm seine sozialdemokratischen Wurzeln, um den Tabubruch glaubwürdig zu verkörpern.

Unabhängig vom Einzelfall „Sarrazin“, der wohl durch fehlende rhetorisch-massenmobilisierende Fertigkeiten und populistische Logik keine antiislamische Protestpartei initiieren könnte, zeigt die Debatte, wie fragil der gesamtgesellschaftliche Konsens auch in Deutschland geworden ist. Der Affekt „gegen den Islam“ firmiert als das vielleicht stärkste Mobilisierungsmotiv seit der Asyldebatte in Deutschland Anfang der 1990er Jahre, deren anfängliche Ungelöstheit der Partei „Die Republikaner“ um Franz Schönhuber kurzfristig Auftrieb beschert hatte. Freilich gibt es hier auch reale Versäumnisse, die in fehlender Integration, hoher Kriminalität und der Bildung von Parallelgesellschaften, besonders im Segment der muslimischen Zuwanderer, nachweisbar sind. Die Sympathien der Bevölkerung für Sarrazin entspringen einem typischen Motiv, das sich in folgender Formel niederschlägt: „Endlich jemand, der sich traut, die Wahrheit zu sagen!“ Sarrazin lehnt sich dabei an real existierende diffuse Einstellungen gegenüber muslimischen Immigranten an und verstärkt vorhandene Klischees.

1] Vgl. ausführlich Hartleb, Florian: *Populismus – zentrales Kennzeichen von Parteipolitik in turbulenten Zeiten?* In: Wielenga, Friso / Hartleb, Florian (Hrsg.): *Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich.* – Münster u.a.: Waxmann, 2011. – S. 105-128.

2] Vgl. Hartleb, Florian: *Schill-Partei.* In: Decker, Frank / Neu, Viola (Hrsg.): *Handbuch der deutschen Parteien.* – Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2007. – S. 374-381.

- 3| Vgl. Decker, Frank: *In Hitlers Schatten*. In: *Die Zeit* vom 24.02.2005, S. 6.
- 4| Vgl. Decker, Frank / Hartleb, Florian: *Populismus auf schwierigem Terrain. Die rechten und linken Herausfordererparteien in der Bundesrepublik*. In: Decker, Frank (Hrsg.): *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* – Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2006. – S. 191-215, hier S. 200-202.
- 5| *Der frühere bayerische Ministerpräsident und CSU-Parteivorsitzende Edmund Stoiber kam durch eine zunächst marginale Bespitzelungsaffäre um die Fürther Landrätin Gabriele Pauli in die Kritik. Dadurch setzte eine Dynamik um die von Pauli aufgeworfene Frage einer weiteren Spitzenkandidatur Stoibers ein, die schließlich im Rücktritt Stoibers mündete.*
- 6| Zitiert nach „Angela Merkel: Rechte Partei verhindern.“ In: *ntv.de* vom 12.09.2010. – <http://www.n-tv.de/politik/Merkel-Rechte-Partei-verhindern-article1471636.html> [02.10.2010].
- 7| Vgl. Köhler, Jan: *Parteien im Wettbewerb. Zu den Wettbewerbschancen nicht-etablierter politischer Parteien im Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland*. – Baden-Baden: Nomos, 2006. – (Schriften zum Parteienrecht; 30).
- 8| Vgl. Schloemann, Johan: *Wer hat Angst vorm braunen Mann. Warum sich in Deutschland bisher noch keine starke rechtspopulistische Kraft bilden konnte*. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 16.09.2010, S. 11.
- 9| Vgl. *ebd.*
- 10| Vgl. Enderlein, Henrik: *Global Governance der internationalen Finanzmärkte*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (2009) 8, S. 3-8.
- 11| Vgl. Sarrazin, Thilo: *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*. – München: Deutsche Verlags-Anstalt, 2010. – S. 9.
- 12| *Ebd.*, S. 55.
- 13| Sarrazin, Thilo: *„Ich bin kein Rassist“*. In: *Welt am Sonntag* vom 28.08.2010.

POPULISMUS SUI GENERIS: OSTMITTELEUROPA

Für die Populismusforschung hatte bis vor Kurzem das Urteil des Regionalexperten Klaus Bachmann Bestand: „Nur wenige Autoren haben sich in den letzten Jahren bemüht, bei länderübergreifenden Studien und Vergleichen populistischer Parteien die ehemalige Grenze des Kalten Krieges zu überschreiten.“¹ Erst neuere Darstellungen beziehen das Populismuskonzept in den Vergleich der osteuropäischen Staaten mit ein.² Aus gutem Grund: Nach den Parlamentswahlen in Polen und der Slowakei in den Jahren 2005 und 2006 schien es, als sei der Populismus in Ostmitteleuropa nicht nur allgegenwärtig, sondern inzwischen auch regierungs- und mehrheitsfähig. Retrospektiv betrachtet ist der Zeitpunkt nicht überraschend: Die Aussicht auf EU-Mitgliedschaft durch die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien hatte einen disziplinierenden Effekt auf die politischen Eliten der Region und dämpfte bis dahin den Populismus. Nach dem Beitritt zur EU konnten viele Politiker hingegen mit simplen Botschaften reüssieren.

In Polen kam es nach dem Sieg der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) zur Bildung einer populistischen Koalitionsregierung. Sowohl die Partei als auch ihre Koalitionspartner, die agrarisch-linkspopulistische „Selbstverteidigung“ (*Samobrona*) und die national-katholische Liga der polnischen Familien, machten vor und nach den Wahlen durch populistische und mitunter gar extremistische Inszenie-

rungen von sich reden. Wie schnell die Fluktuationen immer noch sind, belegt die Tatsache, dass die Koalitionsparteien *Samoobrona* und Liga der polnischen Familien bereits wieder in der Bedeutungslosigkeit verschwunden sind. Auch in der Slowakei ging aus der Parlamentswahl von 2006 eine Regierung unter dem linkspopulistischen Ministerpräsidenten Robert Fico hervor. Sie koalierte mit der Rechtsaußen-Gruppierung der Slowakischen Nationalpartei (SNS). Ebenso zeigte sich die allgemein als bürgerlich eingestufte *Fidesz*-Partei in Ungarn bei der Parlamentswahl von 2006 nationalfolkloristisch, antielitär und antikapitalistisch und hoffte so auf einen Sieg als Regierungspartei. Sie verfehlte dieses Ziel allerdings. Dafür konnte die Partei unter Viktor Orbán bei der Parlamentswahl von 2010 gar eine Zweidrittelmehrheit erreichen.

Im Vorfeld der Parlamentswahl von 2010 grenzte sich Orbán, eine deutliche Mehrheit seiner Partei und das erneute Amt des Ministerpräsidenten vor Augen, kaum vom erstarkten Rechtsextremismus ab. Er äußerte zwar, dass jede Stimme für die rechtsextremistische *Jobbik* eine verlorene sei – nicht jedoch mit der Begründung der „Dichotomie von Demokratie und Extremismus“. Vielmehr taktierte er machtpolitisch mit der rhetorischen Frage: „Was kann eine Partei mit bestenfalls 10 bis 15 Prozent der Wählerstimmen ausrichten?“³

In Tschechien versuchte die konservative Bürgerlich-Demokratische Partei (ODS) einen euroskeptischen Kurs. Einst unterstützte sie als Regierungspartei zwischen 1993 und 1997 unter Václav Klaus den EU-Kurs Tschechiens. Parteiinterne Krisen und der Gang in die Opposition führten 2002 zur Demission von Klaus als Parteivorsitzender, dem mit Mirek Topolánek ein parteiinterner Gegenspieler erwuchs. In dieser Phase mehrten sich euroskeptische Töne, die Klaus maßgeblich artikulierte. Dieser wurde 2003 überraschend zum Präsidenten der Tschechischen Republik gewählt. 2008 hat er sich selbst als „EU-Dissident“ bezeichnet, war aber in seiner durch ihn maßgeblich geprägten Partei nicht mehr mehrheitsfähig. Ende 2008 lehnte Klaus das Angebot des Parteihonorsvorsitzes ab, nachdem er erkennen musste, dass er in seiner Partei nicht mehr mehrheitsfähig war. Als Unterstützer des EU-Reformprozesses konnte Ministerpräsident Mirek Topolánek zunächst eine Mehrheitsströmung innerhalb der ODS hinter sich scharen, um die EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte des Jahres 2009 möglichst konform und geräuschfrei durchführen zu können. Klaus versuchte freilich, dieses Ansinnen symbolisch zu konterkarieren und tut dies beispielsweise mit

der Verlautbarung, die EU-Flagge nicht auf der Prager Burg aufzuziehen. Klaus hatte das irische Nein in der Volksabstimmung über den Vertrag von Lissabon 2008 einen „Sieg von Freiheit und Vernunft über künstliche, elitäre Projekte und die europäische Bürokratie“ genannt und den Vertrag „für tot erklärt“. Er lehnt den Reformvertrag ab, weil er darin eine weitgehende Entmachtung nationaler Souveränität sieht. Bei einem Staatsbesuch in Irland trachtete er Ende 2008 danach, sich mit den dortigen Gegnern des Reformvertrages zu verbünden. Im österreichischen Boulevardblatt *Kronenzeitung* brachte Klaus ebenfalls seinen Standpunkt zum Ausdruck: „Ich bin auch für Europa – und ich schätze meine Zugehörigkeit zu dem europäischen kulturellen und zivilisatorischen Kreis sehr hoch ein – aber Europa ist etwas anderes als die EU und Brüssel. Die EU-Vertreter haben kein Recht, sich Europa anzueignen, aber sie tun das permanent, und darin liegt für mich das Hauptproblem dieser Zeit. Europa gehört uns allen, nicht nur ihnen.“⁵ Die Europawahl von 2009 bezeichnete Klaus als überflüssig. Die ODS profitierte indes von der Emanzipation gegenüber ihrem Übervater Klaus; sie kam auf annähernd 32 Prozent und wurde klar stimmenstärkste Kraft. Die zur Wahl angetretenen euroskeptischen Listen, die gegen den Lissabon-Vertrag mobil gemacht hatten und von Klaus insgeheim unterstützt worden waren, verfehlten allesamt die Fünf-Prozent-Hürde.

Die ostmitteleuropäischen Parteien sind höchst disparat. Sie werden aufgrund ihrer schwierigen weltanschaulichen und ökonomischen Einordnung in ein Rechts-Links-Schema als rechts- und linkspopulistisch, als extremistisch, liberal, konservativ oder auch wegen der nationalistischen Folklore als nationalpopulistisch eingestuft. Der große Unterschied zu Westeuropa besteht darin, dass sich nationale Ressentiments nicht gegen die kaum vorhandenen Immigranten oder den Islam, sondern gegen „Feinde“ im Innern richten. Die Agitation wendet sich speziell gegen die immer noch nicht integrierten Roma, insbesondere in Ungarn,⁶ in der Slowakei und in Tschechien sowie Rumänien. Begünstigt wird diese Entwicklung von dem Umstand, dass sich in den osteuropäischen Gesellschaften bisher kaum postmaterialistische Werte, die mit einem Bedeutungsverlust der Traditionen und des nationalen Bezugsrahmens einhergehen, verbreitet haben. Eine Gemeinsamkeit zu den populistischen Parteien in Westeuropa liegt hingegen im Faktor „Persönlichkeit“, da auch die osteuropäischen Parteien auf ihre charismatischen Führer fixiert sind. Hier funktionieren die autoritär geführten Parteien ganz nach der populistischen Logik. Elektoral schlägt auch hier mitunter die Stunde

der populistischen „Verführer“. Die Wähler und Anhänger erhoffen sich einen „Heilsbringer“.

Anders als in Westeuropa gibt es immer noch nationale Traumata, so zum Beispiel in Ungarn durch den Vertrag von Trianon von 1920, der immer noch Vorstellungen eines Großungarn hervorruft und diese für Populisten salonfähig und instrumentalisierbar macht. Populismus rückt daher in den Mittelpunkt und findet besonders bei den Modernisierungs- und Transformationsverlierern Anklang. Zudem ist das Institutionenvertrauen gering. Anti-Parteien- und Establishment-Affekte können in der immer noch bewegten Parteienlandschaft leicht bedient und genutzt werden. All diese Faktoren begünstigen den Populismus in Ostmitteleuropa.

- 1] *Bachmann, Klaus: Populistische Parteien und Bewegungen in Mittelosteuropa. In: Decker, Frank (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? – Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2006. – S. 217-232, hier S. 217.*
- 2] *Vgl. Bugaric, Bojan: Populism, liberal democracy, and the rule of law in Central and Eastern Europe. In: Communist and Post-Communist, 41 (2008) 2, S. 191-203.*
- 3] *Orbán zu Jobbik. In: Pester Lloyd vom 09.02.2010. – http://www.pestertloyd.net/2010_06/06orbkritik/06orbkritik.html [10.02.2010].*
- 4] *Vgl. Schmidt, Hans-Jörg: EU-Dissident Klaus düpiert Iren. In: Die Welt vom 13.11.2008.*
- 5] *Vgl. Klaus, Václav: Interview. In: Kronenzeitung vom 20.08.2008 (auch abrufbar auf seiner Homepage <http://www.klaus.cz> [20.11.2010].*
- 6] *Vgl. Barlai, Melani / Hartleb, Florian: Die Roma in Ungarn. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2009) 29-30, S. 33-39.*

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

STRATEGIEN DER VOLKSPARTEIEN

Populistische Parteien sind eben keine „kleine[n] Volksparteien“;¹ sie weisen Wesensmerkmale auf, die nicht zum Typus einer „Volkspartei“² passen. So sind die Protestparteien vorrangig für „Denkzettelwähler“ oder sogenannte Modernisierungsverlierer attraktiv; sie stehen der (tradition) Parteiendemokratie mit den etablierten Parteien kritisch bis ablehnend gegenüber. Der Populismus gibt vor, einen konstruierten homogenen Volkswillen zu repräsentieren, und wirft der Parteienkonkurrenz vor, diesen – angeblich – zu sabotieren. Es entsteht eine Art Generalanklage, die sich nicht gegen die Parteiendemokratie an sich, sondern gegen ihren Status quo und gegen eine durch einen überdehnten Parteienstaat verursachte Malaise richtet. Populistischen Politikern geht es nicht vorrangig um die Anliegen einer Bevölkerungsschicht, geschweige denn um das Allgemeinwohl, sondern um ihren persönlichen Erfolg. Populisten müssen die kritische Frage, welchem Adressaten sie – noch dazu in überzeugender Art und Weise – Rechenschaft erstatten, erst einmal beantworten. Die simple Berufung auf das „Volk“ reicht dafür nicht aus.

Die häufigste Forderung in diesem Kontext besteht darin, dass die christ- und sozialdemokratischen Parteien ihr programmatisches Profil schärfen sollen, um gerade auch voneinander unterscheidbar zu bleiben. Das Argument richtet sich unter anderem auf die Frage der sozialen Gerechtigkeit

und der Wohlstandswahrung im Kontext einer sich zunehmend internationalisierenden Wirtschaft. Des Weiteren stehen die Fragen nach einer modernen Umweltpolitik im nationalen und internationalen Kontext, Bildungsgerechtigkeit und nach der Finalität Europas im Mittelpunkt der Überlegungen und Diskussionen. Allerdings stehen einer solchen Zielsetzung große Probleme entgegen. In Anbetracht der stark unterschiedlichen politischen Erwartungen und Schwerpunktsetzungen innerhalb der Bevölkerung erscheinen der Gewinn und vor allem die langfristige Sicherung eines großen Wählerpotentials durch bestimmte Inhalte und Zielsetzungen grundsätzlich als schwierige, vielleicht sogar unlösbare Aufgaben. Hinsichtlich der organisatorischen Stärkung der Parteien bestehen verschiedene Vorschläge, die darauf abzielen, Mitgliedschaften attraktiver und die Abläufe in den Parteien transparenter und offener zu gestalten. Gerade in dieser Hinsicht gehen populistische Parteitypen neue Wege, wie die Ein-Mitglied-Partei PVV um Geert Wilders am deutlichsten beweist. Vielfach haben die Volksparteien auch mit Mitglieder- und Nachwuchsschwund zu kämpfen. Zum Teil wurden hierzu auch bereits erste Schritte ergriffen bzw. befinden sich in der Planung. Inwiefern entsprechende Aktivitäten die organisatorische Schwächung der Großparteien aufhalten können, ist jedoch offen.³

Eine besondere Herausforderung ist die gesellschaftliche Teilung und Fragmentierung. Sie übt Druck auf die Volksparteien aus, die immer größere Integrationsleistungen erbringen müssen, um die verschiedenen Gruppen und Milieus weiter einzubinden. Das Auseinanderdriften innerhalb der Volksparteien zeigt die Risse in unserer Gesellschaft. Deswegen sollte der Fragmentierungsprozess der Volksparteien eine alarmierende Wirkung haben. Grundsätzlich unter Beschuss steht der soziale Zusammenhalt, aus dem die Solidarität unserer Gesellschaft besteht. Populismus ist eine riskante und sehr ernst zu nehmende Reaktion auf tief liegende gesellschaftliche Trends und Veränderungen. Er ist ein Alarm-signal dafür, dass es bei der Repräsentanz, bei der politischen Kommunikation durch die heutigen politischen, kulturellen und ökonomischen Eliten und beim Umgang mit stürmischen gesellschaftlichen Entwicklungen an etwas Grundsätzlichem mangelt. Er kann aber auch ein Alarm-signal dafür sein, dass es diesen Entwicklungen selbst an etwas Grundsätzlichem fehlt. Was wir brauchen, ist ein neuer Sozialpakt zwischen den Privilegierten und den verletzlichen Nichtprivilegierten: Ein Pakt, der aus sozioökonomischer Sicherheit (basierend auf der stolzen Aufrechterhaltung des Ideals vom Sozialstaat) und kultureller Offenheit (eine

internationale Ausrichtung gegen Xenophobie und gegen einen nach innen gekehrten Nationalismus, aber unter Aufrechterhaltung der nationalen Demokratie) besteht. Ein derartiger Pakt könnte eine Antwort auf den Populismus sein.⁴

Eine weitere Forderung lautet, die etablierten Parteien müssten sich die Themen der Populisten zu eigen machen und so ihren Bewegungen die Grundlage entziehen. Das ist in Frankreich bei der Parlamentswahl im Jahr 2007 gelungen. Der *Front National* hat auch deshalb relativ schwach abgeschnitten, weil Nicolas Sarkozy Jean-Marie Le Pens Hauptthemen wie Gewalt, Immigration und nationale Identität aufgegriffen hat. Das ist auch für andere europäische Länder lehrreich, die ebenfalls Spielarten eines mehr oder weniger ausgeprägten Populismus ausgesetzt sind. Man kann in dieser Strategie aber auch eine Gefahr für die Demokratie sehen: Wenn sich die Themen der Populisten im demokratischen Mainstream etablierten, stünden Werte wie Gleichheit, Minderheitenschutz und die freie Rede auf dem Spiel. Ohnehin fahren viele europäische Regierungen in der Immigrationspolitik nun einen härteren Kurs. In Belgien beispielsweise bewirkte das *Vlaams Belang* trotz mangelnder Regierungsbeteiligung (durch einen sogenannten *Cordon sanitaire* der etablierten Parteien) eine Veränderung der *policy* bezüglich der Migrations- und Integrationspolitik.

Die repräsentative Demokratie stützt sich auf Pluralismus, und der Eintritt eines Populisten in ein System polarisiert die Meinungen. Für nicht-populistische Parteien und Politiker aus den Reihen der Volksparteien bedeutet das eine immense Herausforderung: Sie müssen – wie der große, mittlerweile verstorbene Denker Ralf Dahrendorf konstatierte – die große Simplifizierung vermeiden und doch die Komplexität der Dinge verständlich machen.⁵ Zugleich müssen sie nach Popularität streben, ohne sich jede boulevardisierte Aufregung in der „Betroffenheitsdemokratie“ auf ihre Fahnen zu schreiben.

POLITISCHE BILDUNG

Aufgrund der Vielgestaltigkeit populistischer Erscheinungsformen ist es, wie eingangs angedeutet, mit Schwierigkeiten verbunden, politische Bildung ausschließlich konkret „gegen Populismus“ auszurichten. Denn die Beschäftigung mit populistischen Parteien garantiert nicht eine Immunität auf Seiten der Rezipienten gegen die Verführungskünste einer

neuen Gruppierung, die sich möglicherweise besonders perfider Techniken bedient. Auch eine Integration des Themas in etwaige Lehrpläne zu Nationalsozialismus und Extremismus würde am Kern des Problems vorbeiziehen. Die jüngeren Erfolge rechtspopulistischer Parteien waren eben nicht auf die Propagierung eines neonazistischen Programms, sondern auf das Aufgreifen populistischer Agitationsmuster und in programmatischer Hinsicht auf den sozialpopulistischen Protest zurückzuführen.⁶ Die einfache, in der Politik gerne angewandte Dichotomie „wir aufrechten Demokraten gegen die bösen, verfassungsfeindlichen Extremisten“ verfängt also nicht.

Politische Bildungsarbeit gegen Populismus muss Demokratie-Bildung sein wollen; sie muss darüber hinaus als Querschnittsaufgabe verstanden werden. Ihr Idealziel muss darin bestehen, so weit Aufklärung zu betreiben, dass die Agitationsmuster populistischer Parteien gar nicht erst verfangen. Dabei muss sie versuchen, die politischen und kulturellen Abwehrhaltungen, auf die Populismus rekurriert, durch gesellschaftspolitische Toleranz und demokratisches Wissen und Bewusstsein zu ersetzen. Es ist daher notwendig, dass politische Bildung die Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen, religiösen und kulturellen Interessengruppen sucht, um diese in ihre Arbeit vor Ort zu integrieren.

Ein Hauptmerkmal des Populismus besteht in seiner Abwehrhaltung gegenüber dem politischen System und in seiner Identifikation von Sündenböcken. „Wir“ gegen „die-da-oben“ – diese populistische Diktion richtet sich gegen die Repräsentativkörperschaften und damit die klassischen Institutionen. Dem kann nur entgegengewirkt werden, wenn bereits früh mit der Heranführung an die Prozesse und Grundwerte der Demokratie begonnen und diese Aufgabe im Sinne eines lebenslangen Lernens dort weitergeführt wird, wo es möglich ist. Freilich muss der Unterricht so gestaltet werden, dass dieses Angebot auch auf Interesse stößt und angenommen wird. Hierzu gehört im Übrigen auch die stärkere Vermittlung von Kompetenz im Umgang mit den Massenmedien. Gleichzeitig muss sie das Vertrauen und den bewussten Umgang mit den Institutionen der repräsentativen Demokratie schulen. Das betrifft nicht nur Wahlen und Parteien. Bereits an den allgemeinbildenden Schulen – aber auch darüber hinaus – muss stärker als bisher vermittelt werden, wie Demokratie auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene funktioniert. Die populistische Verführung, die Komplexität des politischen Systems als Korruption einzelner Akteure oder als undemokratisch umzudeuten, darf gar nicht erst verfangen.

Dem Populismus wohnt eine antizivilisatorische Komponente inne. Dem entgegenzutreten ist Aufgabe politischer Bildung und kann auch nur durch politische Bildung erreicht werden. Diese Ausführungen können natürlich nur erste Überlegungen hinsichtlich der politischen Bildungsarbeit sein. Sie stellen den Versuch dar, Eckpunkte zu formulieren, wie dem chamäleonartigen Phänomen des Populismus begegnet werden kann. Es wird Aufgabe unterschiedlichster Fachrichtungen sein, diese zu vertiefen und Konzepte zu entwickeln.⁷

- 1| *Leggewie, Claus: Nationalpopulisten auf dem Vormarsch. In: Leggewie, Claus / Meier, Horst (Hrsg.): Verbot der NPD oder Mit Rechtsradikalen Leben? Positionen. – Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2002. – S. 169-175, hier S. 175. Claus Leggewie spricht irreführend von „kleine[n] Volksparteien“, um damit richtigerweise zum Ausdruck zu bringen, dass rechtspopulistische Parteien Verlierer ebenso wie Gewinner der Globalisierung ansprechen.*
- 2| *Die sogenannten Volksparteien („catch-all-parties“) wollen nicht nur eine singuläre sozioökonomische Gruppe integrieren, sondern möglichst viele Gruppen einer sozioökonomisch differenzierten Wählerschaft potentiell einschließen. Charakteristisch für Volksparteien ist, dass der ideologisch-programmatische Anspruch zugunsten des Ziels der Stimmenmaximierung zurücktritt und die Interessen kumulativ eingebracht werden.*
- 3| *Vgl. Wilp, Markus: Die Krise der christ- und sozialdemokratischen Parteien in Deutschland und in den Niederlanden. In: Wielenga, Friso / Hartleb, Florian (Hrsg.): Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich. – Münster u.a.: Waxmann, 2011. – S. 129-162.*
- 4| *Vgl. zu diesem Absatz Cuperus, René: Der populistische Dammbbruch. Die niederländischen Volksparteien unter Druck. In: Wielenga, Friso / Hartleb, Florian (Hrsg.): Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich. – Münster u.a.: Waxmann, 2011. – S. 163-178.*
- 5| *Vgl. Dahrendorf, Ralf: Acht Anmerkungen zum Populismus. In: Transit. Europäische Revue, 25 (2003), S. 160.*
- 6| *Vgl. Lewandowsky, Marcel: Politische Bildung und Populismus. In: Wielenga, Friso / Hartleb, Florian (Hrsg.): Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich. – Münster u.a.: Waxmann, 2011. – S. 219-234.*
- 7| *Vgl. ebd.*

DER AUTOR

Dr. Florian Hartleb, Jahrgang 1979, ist Research Fellow beim Centre for European Studies in Brüssel. Zwischen 1999 und 2003 hat er Politikwissenschaft, Jura und Psychologie an der Eastern Illinois University (USA) und der Universität Passau studiert, 2004 an der TU Chemnitz promoviert. Anschließend arbeitete er als Referent im Deutschen Bundestag und als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Chemnitz. 2010 wurde er zum Professor für Politikmanagement an einer privaten Hochschule in Berlin berufen. Seine Forschungsgebiete sind Populismus, politische Parteien und Extremismus in der EU sowie Politische Führung.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Dr. Ralf Thomas Baus
Leiter Team Innenpolitik
Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin
Telefon: +49(0)-30-2 69 96 35 03
E-Mail: ralf.baus@kas.de*

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

http://www.kas.de/publikationen/zukunftsforum_politik.html

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

gern schicken wir Ihnen unsere Veröffentlichungen auch zu. Bitte bestellen Sie mit dem umseitigen Vordruck.

Bis zu drei Exemplare geben wir kostenlos ab. Ab vier Exemplaren berechnen wir eine Schutzgebühr (Bearbeitungs- und Versandkosten) von € 3,00 je Heft. Bei größeren Bestellungen ab 30 Exemplaren gewähren wir einen Rabatt, so dass jedes Heft dann € 2,00 kostet.

Bitte schicken Sie zusammen mit Ihrer Bestellung einen entsprechenden Verrechnungsscheck, Briefmarken oder Geld, erst dann können wir Sie beliefern.

Alle Studien – die aktuellen und vergriffenen – können Sie im Internet herunterladen.

Wenn Sie Fragen zu den Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung haben, erreichen Sie uns per E-Mail: publikationen@kas.de

Wir wünschen eine interessante Lektüre.

Ihr Publikationen-Team

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BESTELLUNG

Kurztitel	Heftnummer	Preis

* Bitte beachten Sie die umseitigen Lieferbedingungen.

Absender

Vor- und Zuname

Straße / Hausnummer

PLZ / Ort

Datum / Unterschrift

Bitte bestellen Sie hier:
Konrad-Adenauer-Stiftung
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin

Fax: 0 22 41 / 2 46-2479
E-Mail: bestellung@kas.de

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 50 | Föderalismusreform: Föderalismus in Europa I
- 51 | Föderalismusreform: Föderalismus in Europa II
- 52 | Wie wird die Globalisierung heute beurteilt? – Ein Beitrag zu einer „rationaleren“ Diskussion
- 53 | Deutsche Außenpolitik im 21. Jahrhundert. Arbeitskreis Junger Außenpolitiker (*vergriffen*)
- 54 | Globalisierungsdebatte II: Positionen und Gegenpositionen
- 55 | Afrika realistisch darstellen: Diskussionen und Alternativen zur gängigen Praxis. Schwerpunkt Schulbücher (*vergriffen*)
- 56 | Von TIMSS zu IGLU – Eine Nation wird vermessen (*vergriffen*)
- 57 | Ideen für Berlin: Eine Synopse strategischer Entwicklungsvorschläge
- 58 | Jedes Kind zählt – Neue Wege der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung
- 59 | Christ sein in der Politik. Hermann Ehlers heute – anlässlich seines 100. Geburtstags
- 60 | Zur Krise und Reform der Universität
- 61 | Föderalismusreform – Vor der Reform ist nach der Reform? Eine erste Bilanz der Arbeit der Bundesstaatskommission
- 62 | Was die Gesellschaft zusammenhält. Plädoyer für einen modernen Patriotismus
- 63 | Aufbau oder Abriss Ost? Konzeptionelle Überlegungen zur nachhaltigen Stadtentwicklung in den neuen Ländern

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 64 | Föderalismus in Europa III
- 65 | Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland.
Auf dem Weg zur „Volksfront“?
- 66 | Sozialer Bundesstaat
- 67 | Ein Jahr nach der EU-Osterweiterung: Erste Erfahrungen, Probleme,
Aussichten
- 68 | Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung strukturschwacher
Regionen in Ostdeutschland
- 69 | Der deutsche Föderalismus im Reformprozess
- 70 | Wie lange dürfen wir arbeiten? Gesetzliche Altersgrenzen als
Verfassungsproblem
- 71 | Deutsch-russische „Strategische Partnerschaft“: Eine kurzfristige
Strategie oder Handeln im Interesse Europas?
- 73 | Der „Bachelor“ – Anregungen zur aktuellen Studienreformdebatte
- 74 | Familienfreundliche Personalpolitik
- 75 | Auf dem Weg zu einem patientenfreundlichen Gesundheitssystem.
Liberalisierung des Pharmamarktes. Eine Ordnungsökonomische
Analyse und Implikation für den deutschen Pharmamarkt.
- 76 | Bessere Medizin zu bezahlbaren Preisen. Mehr Qualität und Effizienz
durch Wettbewerb. Plädoyer für die Stärkung des Bürgers im
Gesundheitswesen
Englische Ausgabe: Better Health Care at Affordable Prices
Higher Quality and Greater Efficiency through Competition.
Arguments for Strengthening the Citizen's Position in the Health
System

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 78 | Perspektiven der Innovationspolitik für die neuen Länder
- 79 | Sterbehilfe und selbstbestimmtes Sterben –
Zur Diskussion in Mittel- und Westeuropa, den USA und Australien
Englische Ausgabe: Euthanasia and self-determination in dying –
A review of the debate in central and western Europe, the United
States and Australia
- 80 | Dem Sterben einen Sinn geben
- 81 | Gesundheitskompetenz ausbauen
- 82 | Sozialer Bundesstaat – ein Spannungsfeld
- 83 | Stammzellforschung als politische Herausforderung
- 84 | Die Mitglieder der CDU – eine Umfrage der
Konrad-Adenauer-Stiftung
- 85 | Ethische Bewertungen der Stammzellforschung
- 86 | Probleme der Föderalismusreform in Deutschland – Der gegen-
wärtige Stand der Reformen und der Auftrag der Föderalismus-
kommission II
- 87 | Das Rechtsextreme Bündnis: Aktionsformen und Inhalte
- 88 | Die UNO-Leitlinien zur Dezentralisierung und Stärkung der
Kommunen | UN Guidelines on decentralization and the
strengthening of local authorities
- 89 | Deutschland in der Globalisierung – Auswirkungen und Handlungs-
ansätze für eine bessere Balance zwischen Gewinnern und Verlierern
- 90 | Die Entzauberung der Extremisten? – Erfolgsbedingungen der NPD
im internationalen Vergleich

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 91 | Schöpfungsglaube und Evolutionsbiologie
- 92 | Der „zweite Frühling“ der NPD – Entwicklung, Ideologie, Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei
- 93 | Die Freien Wähler in Deutschland – Geschichte – Strukturen – Leitlinien
- 94 | „Die Linke“ – Entstehung – Geschichte – Entwicklung
- 95 | Prävention bis ins hohe Alter
- 96 | „Die Linke“ – Bündnis- und Koalitionspolitik der Partei
- 97 | „Die Linke“ – Politische Konzeptionen der Partei
- 98 | Rechts- und Linksextremismus in Deutschland – Wahlverhalten und Einstellungen
- 99 | „Impulse 2020“ – Akzente zukünftiger deutscher Außenpolitik
- 100 | Obama und das Internet – Tipps für den modernen Internetwahlkampf
- 101 | Soziale Gesundheitswirtschaft – Ordnungsrahmen für ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem
Englische Ausgabe: The Social Health Economy – A Regulatory Framework for a Healthcare System to meet the Challenges of the Future
- 102 | Innovative Ansätze im Krankenhaussektor – Best-Practice-Beispiele
- 103 | Herausforderungen der Bioethik
- 104 | Väter zwischen Karriere und Familie

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 105 | Freiheit oder Sozialismus – *nur als Online-Publikation erhältlich*
- 106 | Muslime in der deutschen Gesellschaft – eine Zielgruppe der politischen Bildung?
- 107 | Nach ihrer Etablierung – Rechtspopulistische Parteien in Europa. Begriff – Strategie – Wirkung